

Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Kurstraße 4/6, Matthesstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 5 Pfennig Trägerlohn = 0,42 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließliche Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprechanruf: Geschäftsstelle Nr. 212 97 und 212 99, Redaktion Nr. 212 98. Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Stapelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Stapelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Freitag, den 20. Mai 1932

Nr. 116

Die unwissenden Nazis

Regierungsverhandlungen mit ihnen sind unmöglich, weil sie von den Staatsgeschäften aber auch gar nichts wissen — Das ist eine Feststellung deutschnationaler Unterhändler

Stuttgart, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Württembergische Landtag tritt am 24. Mai wieder zusammen.

Schwierig dürfte sich die endgültige Festlegung der nur provisorisch übernommenen Geschäftsordnung des früheren Landtages in Verbindung mit der Beratung der hierzu von den Demokraten eingebrachten Änderungsanträge gestalten. Es handelt sich dabei um die umstrittene Frage, ob der Staatspräsident nach der Verfassung nur mit absoluter oder auch mit relativer Mehrheit gewählt werden kann. Als dritter Gegenstand steht die Wahl des Staatspräsidenten selbst und als letzter eine Anfrage der Kommunisten wegen des Verbotes ihres Blattes auf der Tagesordnung.

Die Verhandlungen der bürgerlichen Parteien über die Bildung einer neuen Regierung sind bisher noch ergebnislos geblieben. Wie die sozialdemokratische

„Schwäbische Tagwacht“ mitteilt, kam es im Verlauf der Verhandlungen zu erheblichen Schwierigkeiten, die sich aus dem Verhalten der beiden nationalsozialistischen Unterhändler Murr und Wergentaler ergaben. Sie zeigen sich immer wieder scharf und vollkommen ununterrichtet — ahnungslos wie Schulbuben hat ein deutschnationaler Teilnehmer gesagt — und stoßen, was besonders für Wergentaler gilt, durch undiscipliniertes und anmaßendes Verhalten die Verhandlungspartner ständig vor den Kopf. Als Wergentaler den Bauernbundführer Körner brüsk unterbrach, erteilte ihm dieser eine so gründliche Lektion über passendes Benehmen, daß Wergentaler freischend gegen die ihm angebotene Reueproklamation und aus der Beratung davonlief.

Wahrscheinlich werden die Verhandlungen auch bis Dienstag zu keinem Ergebnis führen.

Braunschweigs Landtag

wird von den Nazis arbeitsunfähig gemacht

Die Röhm-Briefe sind echt

Braunschweig, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Auch die Donnerstag-Sitzung des braunschweigischen Landtages gestaltete sich recht stürmisch und führte schließlich zur Räumung der Tribünen und zum Aufliegen der Sitzung. Die Nazis hatten auf die Tribünen ihre SA-Deute dirigiert, die dauernd in die Verhandlungen eingriffen und die sozialdemokratischen Abgeordneten beschimpften und bedrohten. Der Hauptkern entstand bei der Behandlung eines nationalsozialistischen Antrages auf Aufhebung des SA-Verbotes.

Zu Beginn der Sitzung hatte die sozialdemokratische Fraktion gegen die am Vortage ungesetzmäßig zustandegewordenen Beschlüsse des Kampfparlamentes protestiert und verlangt, daß der Parteirat zusammentrete. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag jedoch ab. Sodann spielten in der Debatte die Röhm-Briefe eine Rolle, deren Verfasser Herr Klages unter Mißbrauch der Notverordnung dem sozialdemokratischen Braunschweiger „Volkstreu“ eine Auflage nachträglich zugemutet hatte, deren Aufnahme jedoch verweigert worden war. Ein sozialdemokratischer Antrag forderte von Klages, daß er die gesetzlichen Bestimmungen gegenüber den Zeitungen innehalte. Bei der Begründung wurde nachgewiesen, daß

gegenüber allen Ablenkungsversuchen die Röhm-Briefe echt sind.

Klages gestand, die Zwangsnachricht deshalb gefordert zu haben, weil durch die Veröffentlichung der Röhm-Briefe Adolf Hitler beschimpft worden sei. Außerdem wären große Teile der Bevölkerung aufgereizt worden.

Scharf ging mit Minister Klages die SPD-Fraktion nochmals ins Gericht, als auf die demagogische Ausnutzung der Stillehung des Herzbergbaues durch die Nazis hingewiesen wurde. Klages habe zwar als Parteimann die Beschränkung nicht gemacht, jedoch als Minister habe er zuerst den Stillehungsantrag gestellt, bzw. stellen lassen.

Als nach diesen erregten Debatten der Naziantrag auf Aufhebung des SA-Verbotes behandelt wurde, artete die Sitzung immer mehr in Krach und Skandal aus. Ein Nazirechtsanwalt beschimpfte Groener und Hindenburg und drohte mit „Abrechnung“. Der „Parteiobmann“ Weis habe in Köln mit Recht Schläge bekommen. Alle diese Unverschämlichkeiten gingen ohne Ordnungsruf durch. Als dann der sozialdemokratische Redner Thielmann der Braunschweiger SA den Sündenpiegel vorhielt und nachwies, was diese Verbrecherbanden alles auf dem Gewissen haben, ging der bestellte Stempel los. Fast entmideltet sich eine Schlägerei, die nur durch das Dazwischentreten sozialdemokratischer Abgeordneter verhindert werden konnte. Ein ungeheurer Krach herrschte, der Präsident war unfähig, die Verhandlungen zu leiten. Schließlich ordnete er die Tribünenräumung an. Die Sitzung lag auf.

Die Nazis beraten

und wissen nicht was sie tun wollen

Die Nazi-Fraktion des Landtages hielt am Donnerstag in Anwesenheit Hitlers ihre erste Sitzung ab. Der erste Teil der Beratungen ging im Hofel-Wirtshaus bei

Bier und Schnaps vor sich, der zweite im Landtag ohne Alkohol. Der erste Teil wurde ausschließlich von Hitler mit Redensarten bestritten, der andere von Kube, dem nicht erwählten, sondern von Hitler ernannten Vorsitzenden der Preussischen Nazi-Fraktion.

Kube und Genossen haben über den Verlauf der Tagung einen offiziellen Bericht herausgegeben, dessen Inhaltslosigkeit durch seinen Umfang weitgemacht werden soll. Es ist ein echter Nazi-Bericht. Er enthält nichts als Phrasen und Redensarten, die jeder auslegen kann wie er will. Die Herrschaften wachen zwar auf ihre Stärke, aber was sie damit anfangen wollen und werden wissen sie selbst nicht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand am Donnerstag unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Unger ein Beleidigungsprozeß des Berliner Landgerichtspräsidenten Soelling gegen das Berliner „Mitt- und Abendblatt“ statt. Soelling hat das Berliner Blatt wegen übler Nachrede verklagt. In einem im „Mitt- und Abendblatt“ erschienenen Artikel war dem Ende 1930 zur Deutschen nationalen Volkspartei übergebenen Landgerichtspräsidenten vorgeworfen worden, daß er seine frühere Mitgliedschaft bei der SPD als Sprungbrett für seine richterliche Karriere habe benutzen wollen. Das „Mitt- und Abendblatt“ behauptete weiter, daß Soellings politischer Gesinnungswechsel nicht einer inneren Ueberzeugung entspreche.

Die nach einem gescheiterten Vergleichsversuch weit ausgeübte Beweisaufnahme war für Soelling recht belastend; aus dem Akte wurde ein Angeklagter. Da Soelling in dem „Mitt- und Abendblatt“-Artikel auch sein Glaubens- und Namenswechsel vorgeworfen war (der aus einer frommen jüdischen Familie stammende Referendar Seligsohn nannte sich plötzlich Soelling und trat zum Christentum über), erklärte der Kläger diese Wandlung ebenso als Ueberzeugungshandlung wie seinen Beitritt zur SPD im September 1918 und den Austritt aus ihr Ende 1930. Indes wurde aus den Zeugenaussagen des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Sellmann und Frau Wellmann klar, daß Soelling lange gegen die Politik der SPD nichts einzuwenden hatte, als er nach Hoffen, vom jüdischen Ministerpräsidenten Braun zum Präsidenten des Disziplinargerichtshofes ernannt zu werden, „die Soelling erklärt“, so erklärte die Zeugin Wellmann, daß er nicht behauptet werden sollte, Simpsch und habe er gegen den Ministerpräsidenten Braun und die SPD in einer Weise und in bestimmten Ausdrücken, daß die SPD nicht mehr

Die Nazis wollen nicht arbeiten

Die wiederholt von uns wiedererlebene Meinung, daß die Nationalsozialisten vorläufig nur so tun, als ob sie in Preußen mitregieren wollten, in Wirklichkeit aber gar nicht daran denken, sondern allein regieren wollen und daher die absolute Mehrheit im Preußenparlament erstreben, findet mehr und mehr ihre Bestätigung. So wird über den internen Gang der gestrigen Sitzung der preussischen Nazi-Fraktion mitgeteilt, daß die Nationalsozialisten eine neue Auflösung des Landtages anstreben. Sie hoffen dabei auf die Unterstützung der Kommunisten und bilden sich ein, daß sie bei einer Neuwahl ihren bisherigen unnatürlichen Vortritt fortsetzen können.

Sie machen schon vorher Theater

Die stärkste Seite der Nazi-Bewegung ist das Verriicktspielen. So haben auch die Nazis im Preussischen Landtag am Donnerstag ihre parlamentarische Tätigkeit mit einer Verriickttheit begonnen. Nach Beendigung ihrer ersten Fraktionsführung begaben sich die 162 Nazi-Kampfmänner von Schiedelgrubers Gnaden in den Plenarsaal des Landtages, um ihre Plätze kennen zu lernen. Sie konnten es gar nicht abwarten! Bei dieser Gelegenheit brachte Zahnarten-Lohse von der Ministertribüne aus auf Nazi-Woll ein dreifaches Heil aus, in das, nach dem Bericht des Vereins Deutscher Zeitungsbeleger, die 162 Abgeordneten, unter denen sich auch Prinz August Wilhelm — Wichtigkeit — befand, stehend einstimmten.

Ihre erste Heldentat hat die Nazi-Fraktion des Preussischen Landtages hinter sich! Die zweite wird bald folgen und ebenfalls verriickt sein wie die erste.

Die Nazi-Abgeordneten des Preussischen Landtages fanden sich nach ihrem ersten Debut im Plenum des Preussen-Parlaments im Weinhaus Buhl in der Stresemann-Straße zu einem feucht-fröhlichen Beisammensein ein. Es wurde dort so gehöhlt, gepöffelt und gelungen, daß das Publikum auf der Straße stehen blieb.

Neue Entscheidung gegen Polen

Genf, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Völkerbundsrat hat die Sperrung des Danziger Handels für den Seerechtsverkehr und den Luftverkehr durch die polnische Regierung am Donnerstag für unzurecht erklärt. Die polnische Regierung hat sich verpflichtet, bis zur Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars diesen Verkehr nicht mehr zu behindern. In dem Beschluß des Völkerbundsrates wird unter anderem auch eine Entscheidung vom März 1925 bestätigt, wonach eine provisorische Entscheidung des Völkerbunds-Kommissars, sofern sie eine „direkte Aktion“ betrifft, sofort nach Geist und Buchstaben durchzuführen werden muß.

Herr Soelling moralisch erledigt

Dugenberg kann stolz auf ihn sein

normal hielt.“ Frau Wellmann erklärte ferner, daß sich Soelling über seine angeblich geringen Bezüge beklagt hätte und in der SPD-Fraktion des preussischen Landtages allgemeine Empörung über das Verhalten Soellings geherrscht hätte. Der Zeuge Sellmann befuhrte, daß er einen Brief von Soelling erhalten habe, in dem Soelling ihm seine unbedingte republikanische Treue versicherte. Die Zeugin Wellmann ergänzte: „Er ist aussaget, weil er seinen Posten nicht bekommen hat!“

Die Angeklagten wurden schließlich zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Beweisaufnahme und Urteilsbegründung waren jedoch für Soelling-Seligsohn moralisch vernichtend.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, es sei nicht der Beweis erbracht worden, daß Soellings Wechsel von Namen und Glaube sowie sein Eintritt in die SPD im September 1918 aus spekulativen Gründen erfolgt sei. Das Gericht halte es aber für erwiesen, daß Soelling aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei, weil er den erkrankten Väter des Präsidenten am Disziplinargesicht nicht erhalten habe. Hinsichtlich seiner Erklärung, daß er diesen Posten nur aus theoretischen Gründen erlangen wollte, habe das Gericht erhebliche Bedenken; da Soelling ebenso gut als Richter auf einem Posten, den er schon erhalten hätte, wie als Präsident die Rechtspflege verwalten konnte. Seine Behauptung, daß er mit Hilfe der Sozialdemokraten diesen Posten erlangen wollte, um eine Reichspräsidentenwahl herbeizuführen, die nicht im Sinne der Sozialdemokraten liegen konnte, sei an sich auch reichlich widersprüchlich. Wenn Soelling zwei Tage nach dem Scheitern des Versuches, Disziplinargesichtspräsident zu werden, aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sei, so könne man daraus keinen anderen Schluß ziehen, als daß diese Aufgabe einen Austritt voraussetze habe.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand am Donnerstag unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Unger ein Beleidigungsprozeß des Berliner Landgerichtspräsidenten Soelling gegen das Berliner „Mitt- und Abendblatt“ statt. Soelling hat das Berliner Blatt wegen übler Nachrede verklagt. In einem im „Mitt- und Abendblatt“ erschienenen Artikel war dem Ende 1930 zur Deutschen nationalen Volkspartei übergebenen Landgerichtspräsidenten vorgeworfen worden, daß er seine frühere Mitgliedschaft bei der SPD als Sprungbrett für seine richterliche Karriere habe benutzen wollen. Das „Mitt- und Abendblatt“ behauptete weiter, daß Soellings politischer Gesinnungswechsel nicht einer inneren Ueberzeugung entspreche.

Die nach einem gescheiterten Vergleichsversuch weit ausgeübte Beweisaufnahme war für Soelling recht belastend; aus dem Akte wurde ein Angeklagter. Da Soelling in dem „Mitt- und Abendblatt“-Artikel auch sein Glaubens- und Namenswechsel vorgeworfen war (der aus einer frommen jüdischen Familie stammende Referendar Seligsohn nannte sich plötzlich Soelling und trat zum Christentum über), erklärte der Kläger diese Wandlung ebenso als Ueberzeugungshandlung wie seinen Beitritt zur SPD im September 1918 und den Austritt aus ihr Ende 1930. Indes wurde aus den Zeugenaussagen des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Sellmann und Frau Wellmann klar, daß Soelling lange gegen die Politik der SPD nichts einzuwenden hatte, als er nach Hoffen, vom jüdischen Ministerpräsidenten Braun zum Präsidenten des Disziplinargerichtshofes ernannt zu werden, „die Soelling erklärt“, so erklärte die Zeugin Wellmann, daß er nicht behauptet werden sollte, Simpsch und habe er gegen den Ministerpräsidenten Braun und die SPD in einer Weise und in bestimmten Ausdrücken, daß die SPD nicht mehr

Das Dritte Reich

(Von unserem Korrespondenten)

Rom, im Mai. (Eig. Bericht.)

„Dein Reich komme“, beten die Nazis in Deutschland und anständig zu Hitler auf. In Italien ist es schon gekommen, mit einem Staatsdefizit von zweieinhalb Milliarden Lire, mit einem Schlange stehen um Bettelstücken, mit einer Obdachlosigkeit, von der man in der ärmsten Zeit keine Vorstellung hatte. Und die Hauptstadt dieses Reiches ist das „kaiserliche Rom“, in dem ein moderner Nero zwar nicht Brände entzündet, aber aus ethischen Gründen die Leute aus ihren Wohnungen vertreibt. In Rom ist keine Wohnungsnot, sagen die Fremden, die die vielen leeren Wohnungen in der Hauptstadt sehen, wo ganze Straßenzüge zu vermierten sind. Und dann freuen sie sich über die freigelegten Kaiserfora, freuen sich, daß in diesen platten Hof noch eine Regierung da ist, die Geld und Energie hat, den Spuren vergangener Größe in der Erde nachzugehen. Aber sie kümmern sich nicht darum, daß die für diese Ausgrabungen niedergelassenen Häuser tausenden von Proletariern Obdach geben, und daß der Faschismus wohl das Geld findet, um vergangene Größe aus der Vergessenheit zu ziehen, nicht aber, um gegenwärtigen Not abzuwehren. In runder Zahl sind durch die Ausgrabungen um das Kapitol zehntausend Menschen ermordet worden. Es gibt nur ein modernes und halbwegs menschenwürdiges Obdachlosenheim in Rom, das im Quartier der Garbatella, vor dem Tor von San Paolo. Dies zeigt man den Fremden. Aber es gibt andere Hölle, die man nicht zeigt, und die sind so beschaffen, daß sie sich in Dantes Hölle sehen lassen können. Das größte und fürchterlichste ist das des „Gorno Milliore“, auf dem Esquilino, wo die Familien in Box-Abteilungen schlafen, wie in Versteckkästen. Keine Kojette, keine Tagesräume, keine Heizung, die gemeinsame Küche völlig unbenutzbar, daß die Leute auf Petroleumlampen oder Spirituslampen kochen. In einer solchen „Box“ haufen neun Personen, Vater, Mutter, sechs Kinder und Großmutter. Die Mutter ist vor kurzem niedergeboren, ein Kind hat Rippenfellentzündung. Der Lärm und Gestank, der aus den nur durch eine dünne, mannhohle Scheidwand abgetrennten Nebenräumen dringt, ist unerträglich. Wasser ist knapp. Im Winter kommt man vor Kälte um und im Sommer vor Ungeziefer.

Zu vorläufiger Zeit, unter der Verwaltung der Radikalen mit dem Bürgermeister Nathan erhält jeder in der Obdachlosenfürsorge angestellte Arbeiter Dienstkleidung, die auf tägliche Kosten gewaschen wurde: einen Sweater und einen Kittel in der Woche. Im „kaiserlichen Rom“ von heute ist das abgeschafft. Die Löhne sind so gering, daß diese Arbeiter, die auf Säcken den Abfall aus den Häusern holen, fast alle in einem der Obdachlosenhäuser schlafen müssen. Da verpesten sie alles mit ihren schmutzigen Anzügen, die sie selbst waschen lassen sollten und nicht waschen lassen können. Eine besondere Qual für die Obdachlosen ist die Nähe eines solchen Arbeiters, dessen Zeug stinkt und Krankheiten verbreitet.

Dabei gibt es in Rom keine Volkstücken und Suppenverteilungen, wie sie der Faschismus in allen anderen Städten eingerichtet hat. Für Rom ist das nicht faßbar genug, wenn sich das Elend so zusammenhaufen. Da haben nur die Nonnen und Mönche Auspeisungen eingerichtet, und die Karren verteilen einen Teil der den Soldaten oder Carabinieri zugeordneten Nahrung. Rom hat andere Bedürfnisse. Dort hat man jetzt auf Staatskosten in nächster Nähe der Villa Torlonia, von Mussolini wohnt, eine große Villa gemietet. Sie kostet die Bagatelle von 500 000 Lire im Jahre und soll die jetzt dem Premierminister geleglich zugesprochene Militäresorte dauernd beherbergen. Da wird die für die Sicherheit des Premierministers bestimmte Geheimpolizei hausen, die politische Polizei, Polizisten in Uniform, Carabinieri, Miliz und die Musikette Mussolinis. Es wird eine Art Karneren-Potpourri sein. Man wird dort die Kanonen unterbringen, deren Völler bei offiziellem Auftreten Mussolinis in Funktion treten, das Luftkorps, kurz, alles Drum und Dran, was der „Sohn des Schmiedes“ nicht entbehren kann, will er sich vor der Liebe seiner Vorgesetzten. Und dieses Schutzes kann Mussolini nie genug haben, nie soviel, wie seine Angst es verlangt. Da ist die Angst vor antisemitischen Flugschreien. Seit Bassano über Mailand und De Boiss über Rom geflogen ist, hat man einen besonderen Nachwächterdienst eingerichtet, dessen Mittelpunkt der Palazzo Binimati, der Sitz des Ministeriums des Inneren ist. Jeder Flugapparat, der über die italienische Grenze fliegt, soll sofort signalisiert werden, und es sollen allezeit Militärflieger bereit sein, aufzuspringen, um den gefährlichen Flieger abzuwehren. Wenn die Leute nur nicht in ihrer Dienstfertigkeit eines Tages einen harmlosen Touristen zur Strecke bringen! Gleichzeitig werden in Mailand auf den Dächern und Terrassen einiger öffentlicher Gebäude Maschinengewehre für die Luftabwehr aufgestellt. So wird auch der Himmel des neuen Reiches unsicher gemacht.

Unter diesem Himmel passiert aber — auch abgesehen von Mailand und Cagliaridom — allenthalben, was den Ländern, die noch nicht zum dritten Reich gelangt sind, als Vorkriegsmaß Interesse einflößen sollte. Da war die Provinz Pisa mit einem ganz besonders schneidigen Vertreter des faschistischen Regimes geschlagen: einem gewissen Alessandro Carosi, Offizier der Miliz, früherer Podesta einer kleinen Stadt. In der „heroischen Zeit“ war der Mann ein berühmter Squadrin, der sich selbst vorzustellen pflegte: „Leutnant Carosi, Herr der Morde“. In der unheroischen Zeit wandelte sich ihm der Vorbeiz in Banknoten, der Heroismus des Bürgerkrieges in Sadismus. In der ganzen Provinz, deren faschistische Parteiteilung Carosi angehörte, nannte man ihn den Kannibalen. Er hatte verschiedene Geliebte, von denen er zwei tötete, gleichzeitig in seinem Hause zu leben; von mehreren von ihnen hatte er Kinder. In dem Schloß Guardia-Stalla, wo er ein Jahr gehaust hat, sieht man noch heute die Siegel, die er an der Tür seiner Geliebten anzubringen pflegte, wenn er sich entzante, um zu einer anderen Frau zu gehen. Dieser Carosi hat nun eine Frau, mit der er seit Jahren in ehelicher Gemeinschaft lebte, ermordet, in Stücke geschnitten und diese Stücke in Paketen in der Provinz Pisa verteilt. In Gemeinschaft mit einer Geliebten fuhr er im Auto herum, um die Reste los zu werden. Bei der Verhöhnung des Rumpfes wurde er ertrapt und verhaftet. Die Sache kam in die Zeitungen, ehe die Presse sich darüber klar wurde, daß der Mörder eine der Säulen des Regimes war, eine der Perlen von Mussolinis Krone, ein echter Faschist.

Nicht unjenseit beten manche in Deutschland: „Dein Reich komme“, denn, was da kommen soll, bietet große Möglichkeiten, ganz andere als so eine korrupte Demokratie.

Severing gegen die Nazi-Lüge

Eine deutsche Antwort auf eine nationalsozialistische Anfrage

Die Nazis hatten die Dummheit und zugleich Frechheit begangen, den gemeinen Kölner Ueberfall auf den Führer der Sozialdemokratischen Partei, Otto Weis und den Polizeipräsidenten Bauknecht zum Anlaß einer kleinen Anfrage an den Preussischen Innenminister zu nehmen. Severing hat darauf folgende Antwort erteilt:

„Es ist un wahr, daß der Reichstagsabgeordnete Otto Weis und er Polizeipräsident Bauknecht dem Reichstagsabgeordneten Dr. Ley überfallen haben. Wahr ist, daß sie von einer nationalsozialistischen Gesellschaft, unter der Führung von Hg. Ley befallen, mehrfach ohne Grund angegriffen und bedroht wurden. Die Angriffe sind angegriffen worden und. Wahr ist, daß die Angegriffenen keine Verleugungen dazugebracht haben.“

„Es ist un wahr, daß der Polizeipräsident Bauknecht betrunken war. Wahr ist, daß der Hg. Ley einen völlig betrunkenen Eindringling machte, auf dem Polizeirevier, auf dem Transport zum Polizeipräsidium wie auch im Polizeipräsidium dauernd für die und schimpfte, den polizeilichen Anordnungen wiederholt tätlichen Widerstand, der nur mit Gewalt überwinden werden konnte, entgegenzusetzen und dabei in Folge seiner Trunkenheit mehrfach in die Luft zu springen versuchte.“

Wieder ein klassischer Fall von Parteijustiz

Natürlich hohe Strafe, wenn es sich um einen SPD-Redakteur handelt

Chemnitz, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das Amtsgericht Chemnitz verurteilte den Redakteur der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volkstimme“ Frenzel wegen angeblicher Beleidigung des Chemnitzer Polizeipräsidenten auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu vier Wochen Gefängnis.

Das Chemnitzer Polizeipräsidium hatte im März des vergangenen Jahres ein Versammlungspatent der Chemnitzer Sozialdemokratie mit der Ueberschrift „Mier, seht euch zur Wehr“ mit der Begründung verboten, eine solche Ueberschrift würde aufreizend. Ueber diese sonderbare Einstellung des Chemnitzer Polizeipräsidiums hatte ein auswärtiger Schriftsteller für die Chemnitzer „Volkstimme“ eine Glosse in schäfflicher Mundart in der Form eines Zwiegesprächs geschrieben. Darin erblickte das Gericht die Beleidigung.

Wie unerhört hart das Urteil ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß wenige Tage vor der Verurteilung des sozialdemokratischen Redakteurs ein Nationalsozialist, der den verstorbenen Minister Stresemann einen „Stromer, Vaterlandsverräter und Lumpen“ genannt hatte, mit nur 30 Mark Geldstrafe belangt wurde.

Verlogene Hege gegen de Brouckere

Und ein deutscher Delegierter, der hegt

Seit Wochen wurde in der deutschen Presse über die Verhandlungen der Ausschüsse und Unterausschüsse der Genfer Abrüstungskonferenz fast kaum mehr berichtet. Mit einem Male sind die Spalten wieder voll Genfer Telegramme. Warum? Weil im technischen Ausschuss für das Luftfahrwesen ein deutscher Antrag von dem belgischen Delegierten de Brouckere bekämpft und daraufhin mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt worden ist. Darob Triumphgehens der deutschen Rechtspresse: „Der Sozialist“ de Brouckere als Wortführer des französischen Imperialismus! „Die Zweite Internationale für einseitige Entmännung Deutschlands!“ Man kann darauf gefaßt sein, daß dieses Thema in den Blättern und Versammlungen der Rechtsparteien noch lange, ja wochenlang breitgetreten werden wird. Es handelt sich hier selbstverständlich um einen großen Schwandel, dem man nicht früh und hart genug entgegenzutreten kann. Der Tatsbestand ist der, daß der deutsche Delegierte für Luftfahrfragen, Ministerialdirektor Brandenburg, versucht hat, in einem technischen Unterausschuss eine prinzipielle Ent-

Severing gegen die Nazi-Lüge

Eine deutsche Antwort auf eine nationalsozialistische Anfrage

Die Nazis hatten die Dummheit und zugleich Frechheit begangen, den gemeinen Kölner Ueberfall auf den Führer der Sozialdemokratischen Partei, Otto Weis und den Polizeipräsidenten Bauknecht zum Anlaß einer kleinen Anfrage an den Preussischen Innenminister zu nehmen. Severing hat darauf folgende Antwort erteilt:

„Es ist un wahr, daß der Reichstagsabgeordnete Otto Weis und er Polizeipräsident Bauknecht dem Reichstagsabgeordneten Dr. Ley überfallen haben. Wahr ist, daß sie von einer nationalsozialistischen Gesellschaft, unter der Führung von Hg. Ley befallen, mehrfach ohne Grund angegriffen und bedroht wurden. Die Angriffe sind angegriffen worden und. Wahr ist, daß die Angegriffenen keine Verleugungen dazugebracht haben.“

„Es ist un wahr, daß der Polizeipräsident Bauknecht betrunken war. Wahr ist, daß der Hg. Ley einen völlig betrunkenen Eindringling machte, auf dem Polizeirevier, auf dem Transport zum Polizeipräsidium wie auch im Polizeipräsidium dauernd für die und schimpfte, den polizeilichen Anordnungen wiederholt tätlichen Widerstand, der nur mit Gewalt überwinden werden konnte, entgegenzusetzen und dabei in Folge seiner Trunkenheit mehrfach in die Luft zu springen versuchte.“

walt gebracht werden konnte, entgegenzusetzen und dabei in Folge seiner Trunkenheit mehrfach in die Luft zu springen versuchte.

Un wahr ist, daß der Polizeipräsident Bauknecht „den überfallenen Hg. Ley hat mißhandeln lassen“. Wahr ist, daß der Polizeipräsident Bauknecht unmittelbar nach Bekanntwerden dieser Behauptung Beleidigungsklage erhoben hat.

Na, Herr Rosenbergs, wie wird Ihnen?

Sensationelle Wendung im Prozeß Nazi-Rosenberg gegen SPD-Presse

München, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Frage, wo Hitlers Propagandachef sich während des Krieges aufgehalten habe, ist immer noch unstritten. Inzwischen hat Rosenberg wieder mehrere Zeitungen verklagt, die vor einigen Monaten die Behauptung einer Pariser Zeitschrift nachgedruckt hatten, daß Rosenberg als russischer Staatsangehöriger im Kriege Agent im Dienste des französischen Auswärtigen Amtes war und sich öfter in Paris aufgehalten habe. Die Verhandlung sollte am Donnerstag vor dem Münchener Amtsgericht durchgeführt werden. Sie kam aber nicht zu Ende. Die Verteidigung übernahm das Gericht mit dem Namen und der Adresse einer in Paris wohnenden deutschen Dame, die bereit sei, zu bezeugen, daß Rosenberg entgegen seiner Behauptung während des Krieges wiederholt und jeweils mit längerem Aufenthalt in Paris gewesen sei. Trotz heftigen Sträubens Rosenbergs beschloß das Gericht, die genannte Zeugin durch das deutsche Konsulat in Paris kommissarisch vernehmen zu lassen. Zu diesem Zweck wurde die Verhandlung ausgesetzt.

Ja, das ist mal ein Reinfall, Herr Rosenberg! Und die „Volkswacht“ gehört zu den Blättern, die Herr Rosenberg verklagt hat, weil auch wir diese Pariser Meldung nachgedruckt hatten. Rosenberg hat gegen uns sogar geklagt, obwohl wir später auch die andere Meldung, daß in dem ersten Prozeß gegen unser Münchener Parteiblatt, dieses verurteilt sei, weil es ihm nicht gelang, den Wahrheitsbeweis für die nachgedruckte Behauptung zu erbringen, ebenfalls ganz loyal gebracht hatten.

Jetzt scheint Rosenberg durch seine Klage erst in ernste Schwierigkeiten gekommen. Das kommt davon, wenn man so drauf los klagt. Wir sehen jedenfalls dem weiteren Verlauf des Prozesses stillvergnügt zu.

Gibt es ein SA-Verbot?

In Schleswig-Holstein anscheinend nicht.

Itzehoe, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das SA- und SS-Verbot scheint für die Nazis an der Westküste Schleswig-Holsteins nicht zu existieren. In Hohenweidedt veranstalteten sie ein Jugendtreffen, zu dem die Teilnehmer vollkommen uniformiert mit Kopfen und Schulterkreuzen erschienen. In geschlossener Truppe bis zu 100 Mann zogen sie, vollkommene Wiederfinden, durch den Ort und zettelten immer wieder Mitglieder der Eisenen Front an. Schließlich provozierten sie eine Schlägerei, umzingelten das Verkehrslokal der Arbeiter und schickten mit Karabinerhaken die Scheiben ein. Die Wirtin, die hinter einem Fenster stand, erhielt mit einem Instrument einen Schlag ins Gesicht, durch den sie eine harthäutige Wunde davontrug. Seitensamerweise war Polizei nicht zu sehen, trotzdem die Nazis rund 1000 frühere SA-Leute uniformiert in Hohenweidedt zusammengezogen hatten.

Wieder ein klassischer Fall von Parteijustiz

Natürlich hohe Strafe, wenn es sich um einen SPD-Redakteur handelt

Chemnitz, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Das Amtsgericht Chemnitz verurteilte den Redakteur der sozialdemokratischen Chemnitzer „Volkstimme“ Frenzel wegen angeblicher Beleidigung des Chemnitzer Polizeipräsidenten auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu vier Wochen Gefängnis.

Das Chemnitzer Polizeipräsidium hatte im März des vergangenen Jahres ein Versammlungspatent der Chemnitzer Sozialdemokratie mit der Ueberschrift „Mier, seht euch zur Wehr“ mit der Begründung verboten, eine solche Ueberschrift würde aufreizend. Ueber diese sonderbare Einstellung des Chemnitzer Polizeipräsidiums hatte ein auswärtiger Schriftsteller für die Chemnitzer „Volkstimme“ eine Glosse in schäfflicher Mundart in der Form eines Zwiegesprächs geschrieben. Darin erblickte das Gericht die Beleidigung.

Wie unerhört hart das Urteil ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß wenige Tage vor der Verurteilung des sozialdemokratischen Redakteurs ein Nationalsozialist, der den verstorbenen Minister Stresemann einen „Stromer, Vaterlandsverräter und Lumpen“ genannt hatte, mit nur 30 Mark Geldstrafe belangt wurde.

Verlogene Hege gegen de Brouckere

Und ein deutscher Delegierter, der hegt

Seit Wochen wurde in der deutschen Presse über die Verhandlungen der Ausschüsse und Unterausschüsse der Genfer Abrüstungskonferenz fast kaum mehr berichtet. Mit einem Male sind die Spalten wieder voll Genfer Telegramme. Warum? Weil im technischen Ausschuss für das Luftfahrwesen ein deutscher Antrag von dem belgischen Delegierten de Brouckere bekämpft und daraufhin mit Dreiviertelmehrheit abgelehnt worden ist. Darob Triumphgehens der deutschen Rechtspresse: „Der Sozialist“ de Brouckere als Wortführer des französischen Imperialismus! „Die Zweite Internationale für einseitige Entmännung Deutschlands!“ Man kann darauf gefaßt sein, daß dieses Thema in den Blättern und Versammlungen der Rechtsparteien noch lange, ja wochenlang breitgetreten werden wird. Es handelt sich hier selbstverständlich um einen großen Schwandel, dem man nicht früh und hart genug entgegenzutreten kann. Der Tatsbestand ist der, daß der deutsche Delegierte für Luftfahrfragen, Ministerialdirektor Brandenburg, versucht hat, in einem technischen Unterausschuss eine prinzipielle Ent-

Severing gegen die Nazi-Lüge

Eine deutsche Antwort auf eine nationalsozialistische Anfrage

Die Nazis hatten die Dummheit und zugleich Frechheit begangen, den gemeinen Kölner Ueberfall auf den Führer der Sozialdemokratischen Partei, Otto Weis und den Polizeipräsidenten Bauknecht zum Anlaß einer kleinen Anfrage an den Preussischen Innenminister zu nehmen. Severing hat darauf folgende Antwort erteilt:

„Es ist un wahr, daß der Reichstagsabgeordnete Otto Weis und er Polizeipräsident Bauknecht dem Reichstagsabgeordneten Dr. Ley überfallen haben. Wahr ist, daß sie von einer nationalsozialistischen Gesellschaft, unter der Führung von Hg. Ley befallen, mehrfach ohne Grund angegriffen und bedroht wurden. Die Angriffe sind angegriffen worden und. Wahr ist, daß die Angegriffenen keine Verleugungen dazugebracht haben.“

„Es ist un wahr, daß der Polizeipräsident Bauknecht betrunken war. Wahr ist, daß der Hg. Ley einen völlig betrunkenen Eindringling machte, auf dem Polizeirevier, auf dem Transport zum Polizeipräsidium wie auch im Polizeipräsidium dauernd für die und schimpfte, den polizeilichen Anordnungen wiederholt tätlichen Widerstand, der nur mit Gewalt überwinden werden konnte, entgegenzusetzen und dabei in Folge seiner Trunkenheit mehrfach in die Luft zu springen versuchte.“

schreibung über eine juristisch-politische Frage vorzunehmen zu lassen. Der Unterausschuss sollte einen Fragebogen beantworten bezüglich derartigen Luftwaffen, die als Angriffswaffen bezeichnet werden müssen. Der deutsche Vertreter verlangte, daß generell alle Luftfahrzeuge als Angriffswaffen erklärt werden. Denn, so argumentierte er, der Verfall der Vertrag habe Deutschland die Militärflugzeuge überhaupt unterzogen, offenbar doch nur, weil sie Angriffszwecke diene.

Diese an sich logische Begründung hatte nur den Fehler, daß sie an unrichtiger Stelle vorgebracht wurde. Der Versuch, eine solche prinzipielle Entscheidung über die einseitigen Bestimmungen des Friedensvertrages in einem technischen Unterausschuss zu erzwängen, mußte misslingen. Der deutsche Antrag verfiel der Ablehnung mit 22 gegen 7 Stimmen, wobei außer den ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands im Weltkrieg, die ähnlich wie Deutschland einseitig entmännelt wurden, nur Rußland und China für den deutschen Antrag stimmten.

Um seine Selbstverwirklichung und vermeidbare Niederlage abzuwehren, hat Ministerialdirektor Brandenburg nachträglich versucht, der deutschen Presse gegenüber die Abtötung der Unterkommision als eine prinzipielle Entscheidung zugunsten der einseitigen Bestimmungen des Friedensvertrages hinauszustellen, die unter Führung des Sozialisten de Brouckere getroffen worden sei. Die deutschen Berichtserkatter in Genf, die zum Zeitpunkt in nationalsozialistischen Fahrwasser liegen und Anweisung haben, um jeden Preis „Material“ zur Bekämpfung der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie zusammenzutragen, haben sich sofort daran gemacht, diesen Zwischenfall auszuschlachten.

Sie erweisen damit dem deutschen Standpunkt den denkbar schlechtesten Dienst. Denn sie tragen selbst dazu bei, aus dem fatalen Fehler eines einzelnen deutschen Delegierten eine grobe, prinzipielle Niederlage Deutschlands zu machen. Ihr Vorwurf, daß die Bekämpfer des deutschen Antrages sich zu Verteidigern des französischen Militarismus gemacht hätten, ist nicht nur grotesk, soweit er gegen de Brouckere gerichtet ist, dessen ehrlicher Wille zur weitestgehenden Abrüstung allgemein anerkannt wird, sondern auch im höchsten Grade töricht: denn damit wird nicht nur England, Amerika und Italien (!) vorgeworfen, sie unterstützten den Standpunkt der französischen Militärs, sondern auch gegen die Neutralen — Spanien, Holland, die Skandinavischen Länder — wird damit der gleiche Vorwurf erhoben, denn sie alle haben in gegen den deutschen Antrag gestimmt! Ist das eine kluge, den deutschen Interessen dienende Politik?

Gorguloff bewundert Hitler

Paris, 20. Mai (Eigener Funterbericht.)

Der weiß-russische Kaufmann Jakowlew, der eine kleine Zeitung herausgibt, und bereits von der Berliner Polizei vernommen wurde, ist am Donnerstag vom Untersuchungsrichter über die Person des Mörders Gorguloff verhört worden. Er erklärte, er habe Gorguloff im Dezember 1931 kennen gelernt und den Eindruck gewonnen, daß er ein Agent der Tscheka sei. Deswegen habe er, der Zeuge, Gorguloff nicht in die von ihm gegründete großrussische Organisation aufgenommen. Gorguloff habe ihn darauf gefragt, ob er ihm nicht eine Stellung in Deutschland verschaffen oder ihm dazu verhelfen könne, in die nationalsozialistische Sturmabteilungen einzutreten. Der Mörder habe Hitler bewundert und erklärt, er sei ein grüner Nazi.

Die Aussagen des Zeugen scheinen aber ebenso wie die anderen bisher vernommenen Weiß-Russen bei den Gerichtsbehörden keinen großen Glauben gefunden zu haben.

Reisenbekämpfung in USA

New York, 20. Mai (Eigener Funterbericht.)

Auf Veranlassung der amerikanischen Regierung wurde ein Verzeichnis außerordentliches Komitee aus führenden Finanziers und Industriellen gebildet, das Vorschläge zur Bekämpfung der amerikanischen Wirtschaftskrise ausarbeiten soll. Das Komitee steht unter der Führung von Owen Young. Es erstrebt in erster Linie die Ausarbeitung eines Planes zur Verwertung eines größeren Kriegenabwertkredites.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Wie uns die Lotteriebant Arndt, Breslau, Eckhaus Stadtgraben, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

2. Ziehungstag 19. Mai 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

- 2 Gewinne zu 10000 M. 113733
- 6 Gewinne zu 5000 M. 41981 138876 327324
- 2 Gewinne zu 3000 M. 318977
- 4 Gewinne zu 2000 M. 118566 179661
- 26 Gewinne zu 1000 M. 17245 43874 337132 381188
- 243281 245820 253006 284260 338744 337132 381188
- 38 Gewinne zu 500 M. 11450 14403 45333 57058 60397 62421 68444 81340 81589 88573 111200 124133 138132 203995 211067 228702 288629 285352
- 88 Gewinne zu 500 M. 14212 31937 38576 65272 68013 70883 75470 82844 102364 114043 152202 157705 176117 176396 195289 213304 204386 230287 237122 238940 254438 257982 283282 284884 298483 309607 320099 320773 329646 336387 338811 361677 384863 388809

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

- 2 Gewinne zu 50000 M. 3040
- 2 Gewinne zu 10000 M. 13578
- 4 Gewinne zu 3000 M. 309060 341810
- 8 Gewinne zu 2000 M. 182745 232807 284453 289637
- 32 Gewinne zu 1000 M. 11428 4553 8132 14351 204287 211418 221124 288082 270028 290759 368735 374825 376650 381847 386918 386846
- 42 Gewinne zu 500 M. 8062 36528 63578 78932 94257 120403 137445 149869 158479 208578 210635 214122 237054 248492 252644 318354 318975 349710 353379 389345 380322
- 46 Gewinne zu 500 M. 1716 15175 39791 40636 67808 74003 75667 78974 83943 154119 172872 178114 186426 207033 232391 242639 268700 273749 288612 327919 357429 358645 260124

Die Ziehung der 3. Klasse der 30. Preussisch-Süddeutschen (265. Preussischen) Klassenlotterie findet am 15. und 16. Juni 1932 statt.

Amstücker Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Geiern

(Nachdruck auch mit Genehmigung vorbehalten)

Die Großwetterlage zeigt nur sehr langsame Veränderung. Zunächst werden wir nach im Bereiche der abnehmenden Barometrischen Höhen, abgesehen von vereinzelt mehr lokalen Wetterveränderungen, festes und warmes Wetter zu erwarten.

Wichtigsten für das tägliche Wetter, Mittel- und Höchstwerte: Bei ständiger Luftbewegung vorwiegend heiter, trocken und warm.

Gemessener Gang: 3.57 Uhr — Gemessener Gang: 19.56 Uhr.

Wetter	20. 5.	19. 5.	18. 5.	17. 5.
Wolken	1-47	1-5	1-10	1-15
Temperatur (Mitt.)	13.7	13.8	14.1	14.2
Temperatur (Hoch)	17.8	17.9	18.2	18.3
Temperatur (Nied.)	7.5	7.6	7.9	8.0
Wind	SW 2-3	SW 2-3	SW 2-3	SW 2-3
Windrichtung	SW	SW	SW	SW
Windstärke	2-3	2-3	2-3	2-3
Windrichtung	SW	SW	SW	SW
Windstärke	2-3	2-3	2-3	2-3

NIVEA CREME
König

Nichts anderes! Denn es gibt eben Hautcreme, die das hautverwundende Zuerst enthält!

Wetterdienst

Wetter	20. 5.	19. 5.	18. 5.	17. 5.
Wolken	1-47	1-5	1-10	1-15
Temperatur (Mitt.)	13.7	13.8	14.1	14.2
Temperatur (Hoch)	17.8	17.9	18.2	18.3
Temperatur (Nied.)	7.5	7.6	7.9	8.0
Wind	SW 2-3	SW 2-3	SW 2-3	SW 2-3
Windrichtung	SW	SW	SW	SW
Windstärke	2-3	2-3	2-3	2-3
Windrichtung	SW	SW	SW	SW
Windstärke	2-3	2-3	2-3	2-3

Breslauer Nachrichten

Eis gefällig!

„Eisfabrik“ — der neueste Schrei

Man denke sich zwanzig, dreißig Jahre zurück. Auch damals gab es heiße Sommer, zum Beispiel 1911, und die Kinder bettelten bei ihren Vätern und Müttern um fünf Pfennige, um zum Eis-



Die schwimmende Eiskonfite

Ein kindiger Kopf hat sich einen Speiseeisbehälter in einen Kahn eingebaut und „rubert“ zur Freude der Berliner Wasser-

verlaufen den „Kalten Ruf“, also Eis in Schokolade, sie bringen es jedem an den Platz, keiner braucht sich mehr zu bemühen. Und wer gern faul ist, der braucht nur zu telefonieren, und der Eismann, der heute mit einem Auto ausgerüstet ist und sämtliche Straßen der Stadt durchfährt, bringt das Eis ins Haus. Alles für zehn Pfennige.

Damit nicht genug, dürfen doch die Leute, die sich auf dem Wasser herumtreiben und dort rudern oder segeln oder schwimmen, nicht vergessen werden, weshalb man zum Beispiel schon Eisboote eingerichtet hat, die an jeden Kahn heranzufahren und ihre Waffeln verkaufen.

Es gab eine Zeit, da war der sogenannte Türkische Honig die Mode des Tages. Er löschte zwar nicht den Durst, aber er war feucht und kühl, sehr süß und wurde in Stangen geliefert wie das Schrankeis. Auf den Jahrmärkten fand der Mann mit dem Türkischen Honig großen Anklang, es war ein gutes Geschäft, ebenso wie das Manna, jene braunen Stangen, mit dem schwarzen Inzidenartigen Inhalt. Die Kinder bettelten sich ihre Pfennige einzeln zusammen, nur um Manna oder Türkischen Honig kaufen zu können, während das Eis eigentlich eine Sache für Feiertage war. Heute ist das Eis in jeder Form eine Mode des Alltags und eine dazugehörige Erscheinung geworden, so sehr, daß selbst die Erwachsenen sich nicht mehr genieren, auf der Straße eine Eiswaffel zu kaufen und daran zu leden.

Immer wieder Skandalpresse

Ein bereits eingegangenes Skandal-Wochenblatt vor Gericht — Der Herausgeber der „Freiheit“ zu einem Monat Gefängnis verurteilt

Keine Woche vergeht, wo nicht ein Skandalblatt, „Journalist“ sich wegen Erpressung, Verleumdung oder Beleidigung zu verantworten hat. Auch gestern mußte wieder ein solcher Ehr-

Zu jenen Wochenzeitungen, die regelmäßig mit besonderen Skandalartikeln aufwarten, die mit riesigen Schlagzeilen aus-

Der Prozeß um Kommerzienrat Liebrecht

Ein Bild dieser Zeit — 5 schwere vollendete Betrugsfälle — Mehrere Banken um viele Hunderttausende geschädigt — Wie man früher Kommerzienrat wurde — Eine ganz besondere Betrugstechnik

In eine Welt, wo 100 000 Mark keine Rolle spielen, führt der Prozeß gegen den Dolkaufmann Erik Liebrecht. Der Angeklagte, ein Großverdiener, kam es sich jetzt noch gar nicht vorstellen, daß man ihm bei der Bank den Kredit sperre, weil eben keine Finanzen nicht mehr in Ordnung waren. Er stellt sich als Opfer der Bank hin, denn gewiß hat er geglaubt, daß er sich mit neuen Bankkrediten hätte sanieren können. Für ihn ist offenbar eine Unterbilanz von 800 000 Mark eine Kleinigkeit, die nach einem guten Geschäft unbedingt wieder wettzumachen ist.

Vorläufig aber legt ihm die Klage fünf vollendete Betrugsfälle zur Last und zwar soll er die Deutsche Bank um 300 000 Mark, die Kommerz- und Privatbank um 80 000 Mark wesentlich geschädigt haben. Bei den drei weiteren Betrugsfällen handelt es sich um die Schädigung verschiedener Privatfirmen um Beträge von 10 000 bis 48 000 Mk., mit denen er in Geschäftsverbindungen stand.

Gegenwärtig sieht man es dem sehr nervösen Angeklagten nicht an, daß er so große Geschäfte zu tätigen vermochte. Er ist offenbar mit seinen Nerven vollständig am Ende und ob er sich bereits früher in diesem Zustande befand, werden die sachverständigen Räte sagen.

1905 gründete Liebrecht sich in Kattowitz ein Holzgeschäft. 1910 kam er nach Breslau und durch umfangreiche Käufe von Holzlagern und Sägewerken, besonders auch in der Inflationszeit, gründete er seinen Wohlstand. So daß er schließlich eine führende Rolle im Holzhandel spielte. Da Geld bei ihm keine Rolle spielte, ging sein Ehrgeiz dahin, den Titel eines Komzuls zu erwerben. Doch dies gelang ihm nicht. Da er aber im Mai 1918 35 000 Mark für ein Krankenhaus in Gotha gestiftet hatte, verlieh ihm Sachsen-Koburg-Gotha den Titel eines Kommerzienrats. Diesen hätte er ja eigentlich in Preußen nicht führen dürfen, aber er ließ sich überall Kommerzienrat anreden. Die Geschäfte, die zu der jetzigen Anklage führten, sind immerhin recht eigenartiger Natur, doch scheint die Bank auch recht rücksichtslos

vorgegangen und auf ihren eigenen Vorteil bedacht gewesen zu sein. Am 26. Oktober 1929 mußte Liebrecht seine Zahlungen einstellen, da ihm die Bank den Kredit gekündigt, weil sie erfahren, daß ihr Liebrecht falsche Bilanzen vorgelegt hatte. Die Aufstellung der Bilanzen, die von Liebrecht selbst vorgenommen wurde, stellte sich als ein wahres Rechenstückerl dar. Während 1928 der Buchrevisor schon eine Unterbilanz von Tausenden von Mark festgestellt, errechnete Liebrecht zur selben Zeit einen Ueber-

Nach Durchsicht der sehr mangelhaften Buchführung soll die Aufstellung von Liebrecht ganz willkürlich gehandhabt worden sein. Lagerbücher wurden nicht geführt, Bestandsaufnahmen nie gemacht. Wechselverbindlichkeiten in Höhe von 200 000 Mk. erschienen in den Büchern überhaupt nicht. Differenzen von 160 000 Mark waren keine Seltenheit. Auch durch Verrechnung des Kommas sollen höhere Beträge gemacht worden sein.

Liebrecht bestreitet alle die ihm zur Last gelegten Bilanzverfälschungen. Er steht auf dem Standpunkt, daß sein Lager, das er allerdings nur absahnte, einen Wert von über einer Million Mark hatte, während das Gutachten des wohlwollendsten Sachverständigen auf höchstens 300 000 Mark lautet. Geschäftsverbindungen mit der Deutschen Bank nahm er bereits im Jahre 1921 auf. Als Sicherheit hat er ihr sein Lager über-

Doch neben seinem Geschäft hatte Liebrecht noch eine Aktiengesellschaft aufgezogen, die „Ostdeutsche Wald- und Holzindustrie A.G.“, deren einziger Aktionär und Vorstand er selbst war. Da diese Aktiengesellschaft auch die Bürgschaft bei der Bank übernehmen sollte, und die von dieser Gesellschaft ausgegebenen Wechsel mit einem ganz anderen Namenszug unterschrieben waren, wie die sonst von Liebrecht ausgegebenen, wurde die Bank misstrauisch. Der Angeklagte sieht allerdings in der Gründung einer solchen Streichgesellschaft nichts Besonderes. Er erhebt im Laufe der Verhandlung schwere Vorwürfe gegen die Deutsche Bank und den Gläubiger-Ausschuß, die ihn dadurch bewußt schwer geschädigt hätten, daß sie eine Hypothek verbleuderten, woran noch ein Mitglied des Gläubigerausschusses eine erhebliche Provision verdiente und daß sie sein Grundstück, Hohenzollernstr. 63, zu einem viel zu niedrigen Preise verkauft haben. So seien durch die eigenen Maßnahmen der Deutschen Bank seine Sicherheiten entwertet worden.

Der Angeklagte erbot sich, für seine Behauptungen den Beweis anzutreten zu wollen. Entschieden beirrit er auch den Vertrag gegenüber der Kommerz- und Privatbank. Seine Tochter heiratete den Sohn des Bankdirektors und da er schon lange keine Verbindlichkeiten dort abgedeckt hatte, wurde ihm ein neues Konto eröffnet. Was die Beträge der Privatfirmen gegenüber anbelangt, bezeichnet er diese als geringfügige Beträge, die er ohne weiteres hätte abdecken können.

Schließlich legt ihm auch noch die Anklage zur Last, die Bücher so unübersichtlich geführt zu haben, daß sie keine Uebersicht gestatteten. Doch Liebrecht ist anderer Ansicht. Er meinte, er konnte sich auf seine Angelegenheiten unbedingt verlassen. Eine Nachprüfung seiner Bücher schien ihm durchaus überflüssig. Sein Lebensverbrauch auch nach Eröffnung des Konkurses war noch ganz erheblich, denn allein aus der Masse ließ er sich monatlich 700 Mk. auszahlen. Dazu kamen noch andere Einnahmen, die sich auch jährlich auf 18 000 Mark belaufen sollten.

Am ersten Verhandlungstage wurde die Vernehmung des Angeklagten beendet. Für den zweiten Verhandlungstag wurden einige Zeugen geladen und es bleibt abzuwarten ob es hier nach die, er oder jener Richtung hin noch Sensationen geben wird.

Funktionäre der Eisernen Front!

Außerordentliche Funktionäre-Beisammlung

Montag, den 23. Mai, 20 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Ausweis: Für Parteimitglieder Mitgliedsbuch und gelbe Funktionärkarte. Für Reichsbanner Mitgliedsbuch und für Gewerkschafter Parteimitglieds- und Verbandsbuch.

SPD. Groß-Breslau. ADGB. Ortsauschuß Breslau. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Breslau.

SPD. Sportler beteiligen sich ebenfalls an der Funktionärversammlung Parteimitgliedsbuch und Sportlerausweis

gezogen werden. Da er dabei den heftigsten Widerstand leistete, um sich schuldig und die, hatte er sich selbst einige Verletzungen zugezogen. Um seine Beamten gegen solche schwere Verdrächtigungen zu schützen, hatte der Straßvollzugspräsident Strafantrag gestellt. Bei der Schwere der beleidigenden Artikel und da sich alles als unwahr herausgestellt hatte, beantragte der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf zwei Monate.

In einem weiteren Artikel desselben Standesblattes unter der Ueberschrift „In der Gruppe herrscht Ueberfluth“ wurde die unfürsinnige Behauptung aufgestellt, daß man 1500 Schußwaffen und einen großen Vorrat Strümpfe verbrannt hätte. In Wirklichkeit war nur unbrauchbare Wäsche vernichtet worden. Das Urteil für diese unwahre Behauptung lautete auf einen Monat Gefängnis. In beiden Fällen wurde auf Publikation der Urteile in den „N.“ erkannt.

Reichstagsprügelheld und Fememörder schreitet wieder Fronten ab

Gestern Abend ist die Breslauer Diva der Nazis, M. d. R. Heines, nach Breslau zurückgekommen. Der Mann, der schon durch sein zerhacktes und mit Monotel verzerrtes Angezicht zum „Arbeiterführer“ prädestiniert erscheint, hat also seine drei Monate, die er wegen der angezeigten Prügelzene im Reichstag erhielt, nicht gleich anzutreten brauchen.

Im Bahnhof waren etwa 1000 Nazis zusammengelaufen und auf dem Bahnsteig konnten sich sogar Männer der auf- gelassen SA in Reich und Glied aufstellen, und Heines schritt gleich wieder die Front ab.

Eine Autoschwärme brachte dann den „Märtyrer“ ins Braune Haus, wo ihm wieder die aufgelöste SA entgegenlief. Dann hielt Heines aus dem Fenster eine Brandrede, und die Horde, die neben der Autoschwärme hergelaufen war und gebüßelt hatte, stimmte ihre Schlächtereien an.

Am Bahnhof war Polizei, in der Neuborsstraße war Polizei, aber alle die Vorkommnisse seien kein Anlaß zum Einschreiten gewesen. Vielleicht wird nächstens noch im Hofe des Präsidiums paradiert, ohne daß man daraus einen Grund zum Einschreiten erzieht.

Mühlen Franck



macht jeden Kaffee billiger! Probieren Sie es aus, damit Sie sich davon überzeugen, daß selbst der schwächste Kaffee durch die gute Kaffeewürze Mühlen Franck herbeihalt und wohlgeschmeckend wird.

Tragisches Greisenchicksal

Am Donnerstag hörten Hausbewohner des Grundstücks Weitenstraße 78 aus der Wohnung des 71jährigen Rentners Paul Eichwald ein Schreien, und da der Wohnungsinhaber seit zwei Tagen im Hause auch nicht gesehen worden war, verständigte man die Polizei. Die Wohnung wurde auf Veranlassung der Polizei gewaltsam geöffnet und man fand den alten Mann brennungslos in seinem Bett liegend. Ein herbeigerufener Arzt veranlaßte die sofortige Ueberführung des infolge Altersschwäche hilflos gewordenen Greises ins Allerheiligen-Hospital.

Das erste Opfer der Oder

Der mit der steigenden Temperatur zunehmende Badebetrieb an der Oder hat gestern bereits das erste Badeopfer gefordert. Gegen 19 Uhr ging auf der 300-S-Eite zwischen dem Gasthause „Grünes Schiff“ und dem „Oderfischchen“ der dort badende 37jährige verheiratete Roghaarwinder Reinhold Kaps aus der Friedrich-Karl-Straße 43 plötzlich im Wasser unter. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte nach etwa 20 Minuten den Verunglückten bergen, doch blieben die sofort angelegten Wiederbelebungsvorkehrungen ohne Erfolg und auch in der Universitätsklinik, in die der Ertrunkene geschafft wurde, konnte nur der bereits eingetretene Tod festgestellt werden.

Eisbrecher in einer Eisdiele

In den Mittagsstunden des Donnerstags ist in ein Frucht-eisgeschäft in der Weidenstraße eingeschoben worden, wobei der Eisbrecher ein Dreiröhren-Rundfunkgerät und einige Tafeln Schokolade in die Hände fielen.

Wassertemperatur im Posidonbad plus 20°

Die Zeit zum Schwimmenlernen ist da! Das günstige Sommerwetter, das mit dem offiziellen Eröffnungstermin der Flussbäder, der diesmal mit dem Pfingstfest zusammenfiel, eingelegt hat, hält an. Die Wassertemperatur ist in der freien Oder auf 19 Grad gestiegen. Im Flutkanal, im Posidonbad, wurden gestern 20 Grad gemessen. Die Zeit zum Schwimmenlernen ist also gekommen. Je früher mit dem Unterricht begonnen wird desto eher kann die Freiprobe erfolgen. In der Zeit der großen Ferien herrscht naturgemäß harter Andrang. Darum sollte jeder, der die Absicht hat, selbst Schwimmen zu lernen, oder seinen Kindern diese notwendige Braunkunst lernen zu lassen, die zur Gesunderhaltung des Körpers in ungeahntem Maße beiträgt, bald den Weg ins Posidonbad machen. Die Preise sind unverändert wie im Vorjahre.

Sprechstunde für Gewerkslose

Rat und Auskunft in allen einschlägigen Angelegenheiten erteilt die Gewerkslosenkommission der SPD, Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, Sprechstunden täglich von 9 bis 11 Uhr, außer Sonn- und Feiertagen. Bei Anfragen von auswärts wird gebeten, Rückporto beizufügen.

Der Haushaltsplan der Provinz Niederschlesien

Von Bürgermeister Dr. Troeger

Es ist bekannt, daß der Provinziallandtag mit knapper Not den Etat angenommen aber die notwendige Steuererhöhung abgelehnt hat. Die Deutschnationalen und die Volkspartei, mit denen verbunden die Nationalsozialisten und die Wirtschaftspartei wollten gar keinen Etat, obgleich es sich eigentlich handelte, dem Landeshauptmann, der politisch dorthin gehört, die Grundzüge für seine Verwaltungsarbeit zu geben. Die Herren der Rechten wissen anscheinend nicht, was es bedeutet, die Verwaltung ohne Etat zu führen. Der Kommunalleiter trägt in einem solchen Falle persönlich die volle Verantwortung für alle Ausgaben, die nicht auf gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtung beruhen. Es ist sehr zweifelhaft, ob der Landeshauptmann sich nach einer solchen Verantwortung sehnt, selbst wenn er persönlich in den Verhandlungen des Provinziallandtages seinen Parteifreunden in ihrer ablehnenden Stellungnahme zu Hilfe gekommen ist, als er für den Etatvorschlag des Provinzialausschusses eintrat oder „lieber gar keinen Etat“ vorschlug. Schon diese Weigerung muß für jeden verantwortlichen Mitarbeiter in der Selbstverwaltung genügen, um für das Zustandekommen eines Haushaltsplanes zu sorgen, wenn nicht gewisse wichtige Gründe ausnahmsweise den gegenteiligen Standpunkt rechtfertigen. Dazu gehört freilich nicht die Verbindung des deutschnationalen Etatsredners, der da sagte, daß eine Partei das Reich und den Preussischen Staat für die Wirtschaftsnote verantwortlich mache, und ihnen deshalb auch die Sorge um den Etat der Provinz Niederschlesien überlasse. Nach dieser Methode läme man, besonders als Landwirt, schließlich auch Petrus als der zuständigen Instanz an.

Die Einsetzung eines Staatskommissars ist durch die Annahme des Etats im Provinziallandtag vermieden worden. Das ist grundsätzlich von großer Bedeutung, denn es bleibt der Provinz ein vielseitiges Feld freiwilliger Betätigung erhalten, das anderenfalls mindestens außerordentlich gefährdet war. Die von dem Staatskommissar festgestellten Haushaltspläne für Brandenburg und Schleswig-Holstein ermuntern nicht zur Nachahmung. Freilich hätten sich die Anhänger derjenigen Parteien, welche dem Staatskommissar den Vorzug gaben, am meisten darüber erfreut, daß die Provinz für sie nichts mehr übrig habe.

Die erste preussische Sparverordnung vom September 1931 hat dem Provinzialausschuss die Ermächtigung gegeben, seinerseits den Etat in Ordnung zu bringen. Erst wenn der Provinzialausschuss seiner Aufgabe nicht gerecht werden sollte, hätte der Staat selbst eingreifen müssen. Das wird nicht geschehen, weil der Provinzialausschuss in seiner letzten Sitzung den Etat durch Abstriche und Steuererhöhung zum Ausgleich gebracht hat.

Der Etat der Provinz war vom Provinziallandtag mit einem Fehlbetrag von 1.496.000 RM. verabschiedet worden. Die größte Meinungsverschiedenheit hatte sich daraus ergeben, daß auf Grund eines Antrages vom Zentrum eine Summe von 1.336.000 RM. in den ordentlichen Etat eingeleistet worden war, die im Mai dieses Jahres von den Reichselektrikern für die Provinz zu bezahlen ist, welche die Provinz in die Niederschlesische Elektrizitäts-A.G. eingebracht hat. Die Provinzialverwaltung trübte sich gegen diesen Eingriff in die Substanz. Der Provinziallandtag ging mit knapper Mehrheit über die Gründe hinweg, um überhaupt einen Etat zustandzubringen.

Der Provinzialausschuss mußte sich vor allen Dingen mit der Behandlung dieses Beschlusses des Provinziallandtages auseinandersetzen. Auf der einen Seite waren die Gläubiger der Provinz, die über einen großen Betrag kurzfristiger Ansprüche verfügten, plötzlich energisch auf den Plan getreten (wohl nicht ganz ohne besondere Ermunterung), auf der anderen Seite stand die Frage der Steuererhöhung und der Respektierung der Rechte des Landtages. Grundliche Vorarbeiten ließen es möglich erscheinen, nochmals mehr als 400.000 RM. Ausgaben in dem Etat zu streichen. Nunmehr dürften alle Stellen, die bisher von der Provinz gefördert worden sind, von der Beinträchtigung des Haushaltsplanes berührt werden. Die Positionen für die allgemeine Förderung der Wohlfahrtspflege und der Jugendpflege sind glücklicherweise unberührt geblieben. Dafür ist allerdings der Kulturrelat noch weiter zusammenzuschmelzen.

Ein etwa gleich großer Betrag, wie er noch nachträglich aus dem Etat herausgetrieben worden ist, konnte zur Tilgung früherer Fehlbeträge, das heißt also praktisch zur teilweisen Vermeidung der drückendsten kurzfristigen Verschuldung bereitgestellt werden. Insofern hat sich für die Kassenlage der Provinz eine Verbesserung gegenüber den Beschlüssen des Provinziallandtages erzielen lassen, die außerordentlich erfreulich ist. Der Beschluß des Provinziallandtages, die 1.336.000 RM. von den Elektrikern in den Etat einzuleisten, konnte unter diesen Umständen unangefochten bestehen bleiben.

Zum Ausgleich des Haushaltsplanes war nach diesen Veränderungen noch eine Erhöhung der Steuerumlage von 14,4 Prozent auf 18 Prozent notwendig. Dieser Steuerbescheid ist gewiß dem Provinzialausschuss nicht leicht gefallen. Er hat ihn gefaßt, weil er der Überzeugung ist, daß jede öffentliche Verwaltung die Verpflichtung hat, ihre Finanzen soweit in Ordnung zu bringen, als es irgend möglich ist. Die Provinz muß das um so eher tun, als gesetzgeberische Maßnahmen nicht zu erwarten sind, die ihr eine Erleichterung bringen könnten.

Die Vergangenheit hat gelehrt, daß es falsch ist, die Sorgen auf eine ungewisse Zukunft zu verschieben und die Steuern nicht auf dasjenige Maß zu erhöhen, das nach der Höhe der einmütig festgestellten Ausgaben notwendig ist. In der öffentlichen Verwaltung wird den Steuerträgern nichts geschenkt. Deshalb soll man von ihnen offen und klar das fordern, was unbedingt notwendig ist. Wenn auch richtig darauf hingewiesen wird, daß manche Kreise die Provinzialsteuern nicht oder nur mit größter Anstrengung werden aufbringen können, so läßt sich doch andererseits nicht bestreiten, daß der geringe Betrag, den die Erhöhung der Provinzialsteuern praktisch ausmacht, die Zahlungsunfähigkeit eines Stadt- oder Landkreises nicht begründen kann. In diesem Zusammenhang mag noch einmal daran erinnert werden, daß der Vertreter des größten Steuerzahlers der Provinz, Oberbürgermeister Dr. Wagner aus Breslau, energisch für einen ausgeglichene Etat der Provinz eingetreten ist, obgleich es doch wohl der Stadt Breslau am schwersten fallen dürfte, höhere Steuern zu bezahlen.

Die Behandlung dieses Etats hat jedem aufmerkamen Betrachter ein Bild davon gegeben, wie weit die Verwirrung der Meinungen und Begriffe fortgeschritten und echtes Verantwortungsbewußtsein ausgehöhlt ist.

Der rasende Ratsmann . . .

Eigenartige Selbsthilfe nach einem dreifachen Überfall. Wegen eines eigenartigen Dienstvergehens hatte sich der frühere Vorkriegs-Betriebsassistent und jetzige Ratsmann (unbedeutende Stadtrat) Max Knoll aus Deutsch-Wartenberg vor der Dienststrafkammer für den Regierungsbezirk Liegnitz zu verantworten. In der Nacht vom 18. zum 19. Oktober 1930 war er auf dem Heimweg dicht bei seiner Wohnung von zwei jungen Leuten, die aus einem Altzirkelklub hervorsprangen, überfallen und mit Händen, Füßen und seinem eigenen Schwert bedrückt worden, daß er, blutend, beknäuelungslos zum Landwehrmarschall nach Breslau in seiner Begleitung gebracht wurde. Knoll ließ sich zunächst von einem Arzt

verbinden. Dann beschloß er, zur Selbsthilfe zu greifen. Mit Recht vermutete er, daß der Ueberfall von den Schornsteinfegergehilfen Wiedemann und Pohl, mit denen er verfeindet war, verübt worden war. Nachdem er sich einen Revolver geholt hatte, bezog er sich daher zu dem Grundstück der Eheleute Hille, bei denen Wiedemann wohnte. Nachdem ihm nicht gleich geöffnet wurde, drang er gewaltsam in das Haus ein, wobei er erlitt haben soll, daß er alles niederschleife, was ihm in den Weg komme. Am folgenden Tage soll er Fräulein Hille noch beleidigt haben. Das Amtsgericht Grünberg verurteilte Knoll wegen dieser nachlässigen Exzesse wegen Bedrohung, Sachbeschädigung, schweren Hausfriedensbruchs, unbefugten Waffenbesitzes und Beleidigung zu 150 Mark Geldstrafe, während die beiden Gesellen wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung mittels hinterlistigen Ueberfalls zu je zwei Wochen Gefängnis mit Strafaussetzung gegen Zahlung einer Buße von 15 Mark verurteilt wurden. Der Anklagenretter wies darauf hin, daß der Angeklagte seine Pflichten als Kommunalbeamter schwer verletzt habe und beantragte Dienstentlassung. Das Gericht erkannte nach langer Beratung wegen Dienstvergehens auf 60 Mark Geldstrafe und Tragung der erheblichen Kosten des Verfahrens. Das Gericht stellte im Gegenjah zum Strafgericht nicht fest, daß der Angeklagte einen Trommelrevolver bei sich hatte, sondern sah, als nicht widerlegt an, daß es sich nur um eine Schreckschusspistole handelte. Ferner wurde nicht angenommen, daß die Drohungen den Eheleuten Hille galten. Trotzdem bleibe schwerer Hausfriedensbruch und die Beleidigung bestehen.

Nach dem Wahlkampf Werbung für die Partei!

Der 22. Mai ist der erste Tag, an dem unsere Werber in jedem Orte die Werbung beginnen.

Das Ziel: 20 Prozent unserer Wähler müssen an jedem Orte organisatorisch erfaßt werden. Wer meldet die ersten Erfolge?

Neue Jugendherberge in Bad Salzbrunn

Unter Mithilfe des Reichsverbandes Deutscher Jugendherbergen wurde auf dem Grundstück des Tischlermeisters Garbella in Bad Salzbrunn eine Jugendherberge geschaffen, die Pfingsten eröffnet wurde. Sie besteht aus zwei Schlafräumen, die etwa 60 Personen Platz bieten, aus einem Badraum und einem Tagesraum, sowie Räumen zur Unterbringung von Nahrungsmitteln. Unmittelbar an den Tagesraum schließen sich zwei weitere helle und freundlich ausgestattete Räume mit einem Ausgang für einen besonderen balkonartig ausgebauten Tagesraum an.

Stadtoberordnetenversammlung in Santh

Zu Beginn der Sitzung verliest der Vorkbeur die Beschwerde eines Mieters, daß die gleichlich vorgeschriebene Mietsenkung für die hiesigen städtischen Grundstücke bisher nicht erfolgt ist. Für ein ausreichendes Programm sorgte der Hauptpunkt der Tagesordnung, Beschlusfassung über die Jahresrechnung 1929. Bemängelt werden die ganz erheblichen Projektkosten, sowie Mietsreste, die leider durch das laue Verhalten des Magistrats nicht mehr einzutreiben sind. Ein vom Zentrum unterstützter Antrag des Magistrats (betrifft Niederschlagung) wird abgelehnt. Die bestehenden Unstimmigkeiten zwischen den Hausbesitzern und der Stadtbehörde wegen der Kanalreinigung sollen durch ein demnächst zu schaffendes Orisstatut beseitigt werden. Ueberhülle aus der Gastasse wurden ohne Wissen der Stadtoberordneten zur Bilanzierung des Etats verwandt, der wiederum durch die fortgesetzte selbständige Handlungsweise des Magistrats illusorisch gemacht wird. Die für die Kommunalbeamten bisher gratis abgegebenen Zeitschriften und Fachblätter sollen im Bedarfsfalle von diesen selbst bezahlt werden. Stadtv. Freudenberger fordert Zurückzahlung der für städtische Beamte und Magistratsmitglieder zuviel gezahlten Reisepesen. Gen. Hoffbauer erinnert hierbei an die vorgefundene Rechnung von einem Schützenfest in Jobben. Statt der für den Abbruch eines städtischen Grundstücks bewilligten 400 Mk. wurden ohne entsprechenden Beschluß 1000 Mk. verbraucht. Desgleichen wurden aus den bewilligten 1000 Mk. Instandhaltungskosten für städtische Gebäude 5783 Mk. Auch die für Hochwasserjahren erforderlichen Gelder sind zum Teil für andere Zwecke verwendet worden. Unter den Ausgaben befinden sich Beträge von 100 Mk. für Geschenke und Zigarren im Wahllokal und Magistrats-Sitzungsszimmer. Für den im Jahre 1929 entstandenen Fehlbetrag von rund 25.000 Mk. fehlen bis dato immer noch die erforderlichen Erklärungen des Magistrats. Schließlich wurden, da eine reifliche Aufklärung kaum Aussicht auf Erfolg haben dürfte, die weiteren Beratungen über diesen Punkt abgebrochen. Hierauf gelangten folgende Anträge zur Annahme: 1. Antrag Förster wegen Mietsenkung in städtischen Grundstücken. 2. Versicherung der katholischen Schulkinder gegen Unfall. 3. Ausbau des Stadtoberordnetenjahres sowie Anbringens von mehr Sitzplätzen für die Zuhörer.

Gen. Reugebauer führt Klage gegen die bei Regenwetter unbehaglichen Wegverhältnisse in der Schimmelwiker Straße. Stadtv. Maiunke rügt das gelegentlich einer Schulvorstandsitzung bewiesene unhöfliche Verhalten des Stadtoberhauptes einem Bürger gegenüber. Die anwesenden Mitglieder des Magistrats verlassen hierauf fluchtartig den Saal. Für die durch das Ableben des Gasmeisters freigewordene Stelle wird Neuausschreibung beantragt. Den Abschluß der ausgedehnten Versammlung bildete das Schreiben des Verkehrsvereins, der sich nach wie vor für den geplanten Bau einer Badeanstalt einsetzt und alle Bedenken der städtischen Körperschaften zu zerstreuen sucht.

Die ersten Erfolge

Nach hat die Werbeweche nicht begonnen und die ersten Neuaufnahmen gehen bereits im Sekretariat ein. Soeben wird uns aus Groß-Sagewitz, Kreis Breslau, mitgeteilt, daß dort 10 Arbeiter der SPD. beigetreten sind. Genossen in den übrigen Orten, sorgt dafür, daß ähnliche Berichte auch bald von euch eingehen.

Ein Unbekannter erkängt aufgefunden

Im Hennigsdorfer Walde ist am Mittwoch die Leiche eines Mannes gefunden worden, der sich das Leben ge-

Schöne weiße Zähne

Kann noch elanille. Buben mit der herrl. ersten. Hochelnden. „Schönheit-Schokolade“, kauft aus ein. Mandel. Dabs 20 Pf. und 30 Pf.

Richturm in Einsturzgefahr

Seit einiger Zeit wird beobachtet, daß sich der etwa 70 Meter hohe Turm der allberühmten Zisterzienser-Stiftkirche in Kamenz zur Seite neigt. Die Untersuchungen haben ergeben, daß ein großer Teil des Balkenwerks, das den Turm trägt, vermodert ist. Um ein Unglück zu verhüten, wird der Turm bis zur Glockentube abgetragen. Mit den Arbeiten ist bereits begonnen worden. Voraussichtlich wird der Neubau noch in diesem Jahre erfolgen.

Unterem Kran erschlagen

Es riß das Seil

Am Donnerstag gegen Mittag verunglückte der 30jährige Kranführer Franz Schopp in der Esengießerei Breitenfeld & Scholz in Bunzlau tödlich. Als er den Kran fuhr, riß plötzlich das Seil und der schwere Balancier stürzte ihm auf den Kopf. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. Eine Frau trauert um den Ernährer.

Nordlicht im Borgebirge

In der Nacht zum Pfingstmontag war im Borgebirge die im unteren Breitenfeldene Erscheinung eines großartigen Nordlichts zu beobachten. Das großartige Schauspiel, das zum letzten Mal an Pfingsten vor 10 Jahren beobachtet worden sein soll, dauerte von 22 bis 23,15 Uhr.

Sagan. Folsenschwazer Sturm vom Red. In Neu-Tschöbels fürate der Fleischergehilfe Georg Stein beim Turnen vom Red. Auf dem Nachhausewege hatte er unter starken Kopfschmerzen zu leiden. Am nächsten Morgen wurde er tot im Bett vorgefunden. Ihm war bei dem Unfall eine Ader geplatzt und das Blut in das Gehirn gedrungen.

Bunzlau. Keuchhusten-Epidemie. Seit einiger Zeit herrscht in Birkenbrück eine Keuchhusten-Epidemie, die teilweise tödlich auftritt. Ein Kind ist an den Folgen des Keuchhustens gestorben.

Sagan. Das eigene Sägewerk angezündet. Zu dem Brand im Sägewerk in Steinlitzchen ist noch zu berichten, daß das Feuer von dem Besitzer Walter Frank selbst angeleert wurde. Er hat die Tat bereits eingestanden.

Beisterwitz. Verjuchter Einbruch. In der letzten Nacht wurde hier versucht, an verschiedenen Stellen die Schloßer zu öffnen und einzudringen. Die Spitzhaken wurden aber jedesmal vom Wächter überrascht, so daß sie jedesmal die Flucht ergreifen mußten.

Gniewitz. Auf der Chaussee nach Malles fuhr am Mittwoch nachmittag ein Auto, dessen linker Vorderreifen platzte, in den Straßengraben. Dabei wurde der Wagen vollständig zertrümmert und der Chauffeur ziemlich schwer verletzt. Es handelt sich um ein Auto aus dem Kreise Reichenbach.

Beuthen a. O. Von der Lastwagenkurbel getrieben und schwer verletzt. Als Herr Neufert jun. seinen Lastkraftwagen fertig machte, wurde er infolge einer Fehljündung beim Andrehen des Motors von der schweren Kurbel an den Kopf getroffen. Mit Kiefer- und Nasenbeinbrüchen und schweren anderen Kopfverletzungen mußte er ins Neufalzer Krankenhaus überführt werden.

nommen hat, indem er sich an einem Baume erhängte. Da bei dem Toten keinerlei Papiere gefunden wurden, war es bisher auch nicht möglich, die Persönlichkeit des Lebensmüden zu ermitteln. Es handelt sich um einen 22 bis 27jährigen Mann, der 3 Operationsnarben unter dem Kinn hat und mit einem zweifarbigen blauen Cheviotanzug bekleidet war.

Marxowitz. Elternbeiratswahlen. Sonntag, den 22. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, findet in der hiesigen Schule eine Elternversammlung statt. Zahlreiches Erscheinen der hiesigen Elternschaft ist dringend erwünscht.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 5964, 5961
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Kommunalkonferenz für die Ortsgruppen Strachwitz und Herrmannsdorf

Am Sonntag, den 22. Mai, findet vormittags 9 Uhr im Gasthaus Barisch in Strachwitz eine Kommunalkonferenz statt. Referent ist Genosse Münchberger. Gemeindevorsteher und Gemeindevetreter, sowie alle interessierten Genossen nehmen an dieser wichtigen Konferenz teil.

Jadshönan. Sonnabend, den 21. Mai, bei Franke, 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: Bezirkssekretär Lehmann.

Klarenkrantz. Sonntag, den 22. Mai, bei Wichter, 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Ortsgruppenführers. Weitere Arbeit. Referent: Genosse Lachs.

Nieschwitz. Sonntag, den 22. Mai, bei Lauwitz, 16 Uhr: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Lachs. Alle Mitglieder müssen anwesend sein.

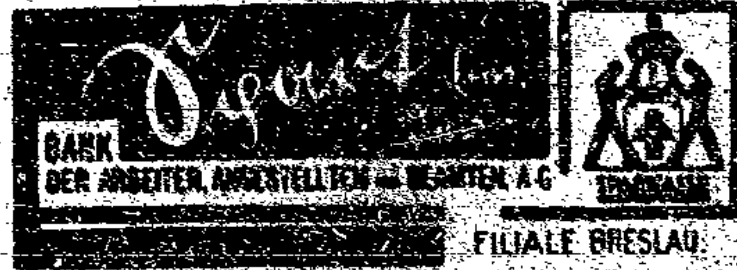
Grub-Seibau. Sonntag, den 22. Mai, bei Hante in Krampitz: Mitgliederversammlung. Anfang 15 Uhr. Redner: Genosse Schiffer. Niemand darf fehlen.

Broskau. Freitag, den 20. Mai, findet bei Wende eine Mitgliederversammlung für die Partei, Gewerkschaften, Reichsdanner und SW. statt. Anfang 20 Uhr. Keine Organisation darf fehlen. Referent ist Genosse Breithorst.

Koberwitz. Sonnabend, den 21. Mai, 20 Uhr, bei Stehr: Mitglieder-Versammlung. Redner: Genosse Herbert Löbe. Wichtige Tagesordnung. Alles muß erscheinen.

Reichshanner Schwarz-Rot-Gold Breslau-Land/Neumarkt

Banner 1884. Sonnabend, den 21. Mai, 20 Uhr, im Vereinslokal „Selber Löwe“ sehr wichtige Mitgliederversammlung. Pflicht aller Kameraden, an der Versammlung teilzunehmen. Spielleute vollständig erscheinen.



Im Schatten Kreugers

(Von unserem Stockholmer Mitarbeiter)

Stockholm, 17. Mai 1922.

Wenn die Angelegenheit Jvar Kreugers nur ein Kriminalfall wäre, dann könnte man über diesen Abenteuerer, der merkwürdigerweise hier und da im Ausland als der Typ des „schaffenden Kapitals“ glorifiziert wird, zur Tagesordnung übergehen. Dann wäre Jvar Kreuger einer der größten Gauner, den die Kriminalgeschichte erlebt hat. Leider sind damit die Dinge um Jvar Kreuger nicht erledigt. Kreuger gehört auch der Wirtschaftsgeschichte an und seine Transaktionen haben jahrelang aufwärts die schwedische Wirtschaft und die internationale Wirtschaft beeinflusst. Jetzt, wo die schwedische Kriminalpolizei etwas Licht in das Labyrinth der Kreugerischen Geschäfte fallen läßt, fragt man sich allenthalben mit Bangen und Zittern, was noch werden soll. Man ist sich darüber klar, daß man bis jetzt erst die erste Phase der Kreugerischen Abenteuerromane erlebt hat. Neue, große Überraschungen sind bestimmt noch zu erwarten.

Wenn jemand in der Wirtschaft der letzten zehn Jahre gerast hat, dann ist es Jvar Kreuger. Es gab keine Börse in der Welt, wo nicht seine Kuponoperationen durchgeführt wurden. Kein Land, wo er nicht Millionen suchte und fand. Wenn so das „schaffende Kapital“ nationalsozialistischer Färbung aussehen soll, dann leben wir schon in einer Welt, wo der Kriminalfall normal ist und die Gaunerei im großen betriebenen, zur gleichzeitigen geduldeten Methode wird. Seit Jahren sind in allen Ländern durch Kreuger Millionenoperationen betrieben worden — ohne eine rechtliche Grundlage. Unter schwerster Verletzung der Landesgesetze, Fälschung, oft sehr plumper Art, häuft sich auf Fälschung. Die Welt wurde mit derart simplen Methoden durch Kreuger, den Katzen heute als Typus des germanischen Geschäftsmannes vertritt, reingelegt, daß man sich in schwedischen Geschäftskreisen heute noch immer fragt: Wie war das eigentlich möglich?

Die bisherige Untersuchung ergibt eine ziemlich aufschlußreiche Antwort. Besonders die Aussagen und die Geständnisse der verhafteten Direktoren vom Kreugerkonzern sind äußerst wichtig. Wir erfahren, daß Kreuger der unumrindete Diktator in seinem Konzern war. Man braucht das für deutsche Verhältnisse nicht zu schildern. Deutschland erlebte ähnliche Typen und hat heute noch ähnliche Typen. Was Kreuger sagte, war für den Konzern nicht nur unumstößlich, sondern heiliges Wort. Eine Nachprüfung der Kreugerischen Angaben fand, selbst wenn es sich um enorme Summen handelte, nicht statt. Es war auch nicht ratsam, an Nachprüfungen zu denken. Den Kreuger, der sich in der Öffentlichkeit als anspruchsloser und bescheidenen Mensch gab, duldete nicht den geringsten Widerspruch. Stenografen und Kritiker wurden durch Entlassungsdrohungen eingeschüchtert oder man stopfte ihnen das Maul durch recht hohe Gehälter. Dazu diente sein Geschäfts-System aus „persönlichen Mitteln“. Das erschien nach außen etwas zu sei wie patriarchalisches und Mitarbeiterverhältnis. In Wirklichkeit machte Kreuger seine Angestellten und Direktoren völlig sich abhängig. So ist es nur denkbar, daß Kreuger seine Fälschungen und Betrügereien jahrelang betreiben konnte. Ohne seine Mitarbeiter, ohne das System der Gehälter aus persönlichen

Mitteln war das gar nicht möglich. Die Untersuchung beweist das. Nun erklären die verhafteten Direktoren vom Kreugerkonzern, sie hätten nur nach den Direktoren Kreugers gehandelt. Natürlich in gutem Glauben. Sie hätten gemeint, alles sei in bester Ordnung. Das wird nicht ganz stimmen. Es handelt sich bei den in Frage kommenden Personen nicht um Bürokraten, sondern um Geschäftsleute, mit allen Wassern gewaschen. Sollen sie jetzt von der Verantwortung entbunden werden?

Man kann sagen, mit den Direktoren hat das ganze System in der schwedischen Wirtschaft verlagert. Die privatkapitalistische Wirtschaft hat sich ohne Kontrolle bewegt. Die Aufsichtsräte des Kreugerkonzerns haben ihre Pflicht nicht erfüllt und schmächtig verlagert. Auf der Hand liegt, daß die privatkapitalistische Gesellschaft selbst sich vor einem Zerlegen durch Aufbau einer solchen Kontrolle schützen müßte. Um in Zukunft Ähnliches zu vermeiden. Wer aber solche Forderungen erhebt, den denunziert das schwedische Bürgertum als Marxisten und Verräter gegen die Wirtschaftsordnung. Es ist in Schweden gerade so wie in Deutschland.

Im gewissen Sinne hat auch der schwedische Reichstag verlagert. Gegen die Regierung und gegen den Bankauschuss, in dem Vertreter des Parlaments sitzen, wird der Vorwurf erhoben, daß im vorigen Jahr dem Kreugerkonzern erhebliche Kredite gewährt zu haben, ohne eine genaue Prüfung der Geschäfte des Konzerns vornehmen zu lassen. Der Bankauschuss hat diese Unterlassung ohne weiteres ausgegeben. Die Regierung beruht sich dagegen auf besondere Umstände, auf die Notwendigkeit, im Interesse der Gesamtwirtschaft entschlossen handeln zu müssen. Das ist nach Ansicht der Regierung wichtiger gewesen als eine Nachprüfung der Kreugerischen Angaben.

Gerade hin und gerade her! Währenddessen drückt der Schuh an einer anderen Stelle. Die Not, die im Anschluß an die Kreugerkrise in der Wirtschaft um sich greift, verurteilt das harte Denken und die klare Ueberlegung. Die Rechte und der Bauernbund haben die Gelegenheit benützt, um eine Inflation zu erzwingen. Man nennt das, was man haben möchte, gerade nicht Inflation. Aber man möchte die Preise steigen.

Die Wissenschaft in Schweden betrachtet allerdings die Kreugerkrise mit kaltem Blut. So erklärte neulich der schwedische Nationalökonom Professor Högström, daß in den eigentlichen Kreugerbetrieben, also in der Zündholz- und Telefonindustrie, nur 25 Prozent der schwedischen Arbeiter beschäftigt seien. Die Industrie Schwedens sei nicht in dem Maße von Kreuger abhängig, wie man das immer annehme. Unter diesen Umständen könnte die Rückwirkung der Kreugerkrise auf die allgemeine Wirtschaft in Schweden nicht zu großes Ausmaß annehmen. Auch befänden sich die meisten Kreugeraktien in Händen von Ausländern. Allerdings betrage der Zinsverlust Schwedens durch die Kreugerkrise jährlich etwa 44 Millionen Kronen. Viel schlimmer sei der Prestigeverlust der schwedischen Wirtschaft. Trotzdem hofft Högström, daß sich das Vertrauen zur schwedischen Wirtschaft bald wieder festigt.

Ob diese Prognose zutrifft, muß die Zukunft ergeben. Vorläufig lagern die Schatten Kreugers über Schweden.

Faustballerenspiele am 29. Mai

- 8,30: 1. Abt. I — 9. Abt. II; Platz I; 7. Abt.
- 8,30: 5. Abt. I — 1925; Platz II; 9. Abt.
- 8,30: 7. Abt. I — 9. Abt. I; Platz III; 1. Abt.
- 9,20: 1. Abt. II — 5. Abt. II; Platz I; 1925.
- 9,20: 7. Abt. I — 1. Abt. I; Platz II; 5. Abt.
- 9,20: 7. Abt. I — 9. Abt. II; Platz III; 1. Abt.
- 10,10: 5. Abt. I — 5. Abt. II; Platz I; 7. Abt.
- 10,10: 1925 — 1. Abt. II; Platz II; 5. Abt.
- 10,10: 7. Abt. I — 9. Abt. I; Platz III; 1925.
- 11,00: 1925 — 9. Abt. II; Platz I; 7. Abt.
- 11,00: 7. Abt. I — 1. Abt. I; Platz II; 5. Abt.
- 11,00: 6. Abt. I — 1. Abt. I; Platz III; 9. Abt.

Sandballerenspiele für den 29. Mai

- Jugendklasse
- 10,00: 1925 — 1. Abt.; Brüdenäue; Richter.
- 10,00: 4. Abt. — 7. Abt.; Lohewiese; Krause.
- Sportlerinnen
- 15,30: Sil.-Kld. — JSB.; Stadion; Spät.
- Schüler-Beckklasse
- 16,00: 7. Abt. — Nachbarn; Eichenpark; Verein.
- Schüler-Ottklasse
- 10,00: 6. Abt. — 12. Abt.; Östpark; Verein.

Fußball

Berichterstattung-Bereinigung. An alle Fußballvereine! Die Berichterstattung am Sonntag erst um 17,30 Uhr beginnen, die Vereinsberichterstattung sofort nach Spielabschluss die Pressefunktionäre anzureufen. Entgegennahme der Resultate findet nur bis 20 Uhr statt. Später eingehende Resultate werden für den Fußballkürmer nicht mehr berücksichtigt.

Technischer Ausschuss. Die Mannschaftsaufstellung für das Rückspiel am 29. Mai in Wadensburg ist folgende: Alan (Wader), Hanse (Rotweil), Gräs (Stern), Flade (Südost), Karick (Stern), Hampel (Union), Jista (Südost), Göbel (Stern), Haller (Sturm), Hoffmann (Falke), Lindner (Tasmanien), Wagners (1925). Die Spieler sind ab Montag, den 22. Mai für den Vereinsbetrieb gesperrt. Der Treffpunkt und die Fahrzeit wird nach bekannt gegeben.

Arbeitsausschuss. Die Mannschaften 1925 I. Jgd. und Sparta I. Jgd. sind zurückgezogen. Die Spiele fallen aus.

Schiedsrichter-Ausschuss. Die Spiele Freie Snortfreunde — Einheit IV, Schiri 1921, Einheit I. Jgd. — 1925 I. Jgd. Schiri Lanisch, fallen aus. Die Spiele Stern III — WZL III in Stern Anaben und WZL Anaben steigen zur selben Zeit auf Hardenbergplatz nicht Sternplatz. Das Spiel Union Jgd. — Sparta Jgd. findet bereits um 9 Uhr statt. Nicht 15,15 Uhr. Die Spiele Dswik II — Dsherrnürth II, Dswik III — Sparta III finden zur selben Zeit auf der Brücke aus statt. Schiri dieselben. Das Spiel 1924 I — Schlieffen I findet um 10 Uhr vormittags auf dem Sternplatz in Gräschen statt.

Diana-Stein. Freitag, 20. Mai, 20,30 Uhr, außerordentliche Vollversammlung bei Grohoff.

WZL. 20. Dienstag, 24. Mai, 18 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung.

Arbeitsausschuss — Fußballparc. Sonntag, 22. Mai, um 9 Uhr vormittags, Spielerbörse im Bezirksklub.

Handball

Handballüberhandlungsausschuss. 23. Mai, 20 Uhr, Schülerleiter von der 4. und 6. Abt. 20,20 Uhr, Mannschaftsführer der 2. Fr. Abt. und Sil.-Kld. Dazu Schiri Müller (4. Abt.), 20,40 Uhr, Jugendleiter Fredrich (7. Abt.) und 4. Abt. Dazu Dschulbowski (7. Abt.), Schiri Ubrich (4. Abt.). Genosse muß seinen Paß mitbringen.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

1. Bezirk, 14. Kreis, Vereins- und Abteilungssportleiter sowie Kampfrichter-Kursus am 29. Mai in der Wagner-Kampfbahn des Stadions. Zeit: 8—14 Uhr. Einteilung wird bekannt gegeben.

Abteilungssportleiter: 23. 5. 20 Uhr Sitzung im Gewerkschaftshaus.

Reichatleten-Übungskunden jeden Mittwoch 17—20 Uhr im Stadion (Wagner-Kampfbahn) Erster Übungstag 25. Mai, 2. Frauen- und 4. Männer-Abteilung, JSB, Jugend, WZL, Sprechprobe, Badetour nach Peisterwitz. Näheres auf der Turnhalle.

9. Frauen und 6. Männer-Abteilung, JSB, Freitag, 23. Mai, Zusammenkunft in der Turnhalle zur Besprechung des Sechsmannausfluges.

Wassersport

Freie Kanu-Vereinigung Breslau. Wasserballspieler! Nächsten: Dienstag, 19. Uhr, im Bootshaus: Verzammung und Neuaufstellung der Mannschaften zur Wasserballserie.

Athletik

Einen weiteren Kampfabend veranstaltet die Sportvereinigung Nord-Ost im Gewichtsheben und Jugend-Ringen gegen sämtliche Vereine am 26. Mai, 20 Uhr, Abwiegen der Teilnehmer 19,30 Uhr. Turnhalle Brodauer Straße 12/14. Am Start sämtliche Bezirks- und Kreismeister, gute Belegung der Jugendklassen. Gehoben wird im 4-Kampf: Bestarmig Reifen und Stößen, Bestarmig Reifen und Stößen, nach Bundesvorschrift.

Sportvereinigung Nord-Ost 03 Breslau. Jeden Montag von 20 bis 22 Uhr Jiu-Jitsu für Ober- und Scheitnig. Gönner und Freunde des Sportes gern gesehen. Turnhalle Waterloostraße 15. — Abteilung Dshauer Tor, Übungsfunden Donnerstag: Turnhalle Brodauer Straße 12/14 von 20 bis 22 Uhr Schwerathletik. Mittwoch: Turnhalle Ofener Straße 56/57 von 20 bis 22 Uhr Gymnastik — Frauensport.

Heute Ringkampfabend des Arbeiter-Athleten-Vereins Breslau. Zu dem heute abend stattfindenden Ringkampfabend des Arbeiter-Athletenvereins Breslau 1911 im Zentralballsaal auf der Weidenstraße 50/52 wird, wenn Ahmann 1897 von seinem letzten Kampfe noch nicht kampffähig sein sollte, Heier 1897 gegen Wafolske 1911 im Schwergewicht antreten. Beginn 20 Uhr. (Siehe geführte Sportbeilage.)

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund, Breslau

Durch Verkehrsunfall ist unser Bundesgenosse Fritz Scholz seinen Verletzungen erlegen, die Einäscherung findet diesen Sonnabend, 14 Uhr, im Krematorium statt; alle Bundesmitglieder nehmen daran teil.

Ortsgruppenfahrt. Am 22. Mai Ortsgruppenfahrt nach Kuras — Obernigt, Start 6 Uhr an der Magazinschule nachmittags ohne Ziel, Start 13,30 Uhr an der Magazinschule. Außerdem findet früh 6 Uhr ein Zuverlässigkeitsfahren in Ostasien statt. Die Jugendabteilung nimmt an der Ortsgruppenausfahrt teil.

Kraftfahr-Abteilung. Am 22. Mai, Bezirksfahrtkonferenz in Trebnitz, Lokal „Jägerhof“, Start 8 Uhr Trebnitz, Platz Siebenhaus. Fahrtordnung: Geschlossener Zug, Fahrerleiter: Genosse Mater.

Mannschaftsfahren. Am Sonntag, den 22. Mai, Mannschaftsfahren. Sämtliche Rennfahrer, Kontrolle und Schiedsrichter treffen sich 5,30 Uhr in Ostasien am Schalthaus. Beginn: 21. Mai, 20 Uhr, Vereins-Versammlung bei Schiedsrichter, Sacrau.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Breslauer Haus in Reiskerwitz; Sonnabend und Sonntag geöffnet. Jugend: Freitag, 17. Uhr; Jugenspiele im Stadion, Sonnabend, 20 Uhr, bestimmt zum Langtreis in der Turnhalle, Reiskerwitz. — Samstag, den 22. Mai, Fahrt nach der Weidenstraße. Treffpunkt: 6 Uhr, Einäscherung in Ostasien.

Arbeiter-Sport

Fußballvorschau für den 22. Mai

Soweit nichts anderes angegeben, beginnen die Spiele der ersten Mannschaften um 17,30 Uhr. Es spielen: WZL — Einheit IV, der Niemannshöhe. In diesem Spiele sollte Einheit IV zu zwei weiteren Punkten kommen. Falke gegen Union in Neudorf. Da das Spiel in Neudorf stattfindet, hat Falke wohl die größeren Aussichten auf Sieg. Dshau — JSB, in Dshau. JSB muß in allerhöchster Beziehung antreten, wenn die schwer zu schlagende Dshauer Mannschaft besiegt werden soll. Rapid gegen Freie Sportfreunde am Hagelberg. Ein typischer Punktekampf dürfte sich entwickeln, wobei man einen Sieger bei der gleichen Spielstärke im voraus nicht nennen kann. Blaumeiß — Sparta um 11,30 Uhr am Westpark. Es kann durchaus möglich sein, daß Sparta den Blaumeiß die Punkte abnimmt. Allerdings gehört viel Durchschlagskraft des Sturmes dazu. Strehlen — Bratislawia in Strehlen. In diesem Spiele wird Strehlen einen weiteren Sieg einheimen. Silesia-Kickers — WZL im Stadion. Den Resultaten der letzten Spiele nach zu urteilen, müßte WZL vor einem höheren Siege stehen. West — Pfeil im Eichenpark. Ein harter Kampf um die Punkte wird sich entwickeln. Allgemein erwartet man West als Sieger. Südost — WZL in Klettendorf. Spiele dieser Mannschaften bringen immer Großkampf. Wer am Sonntag den Sieger stellt, ist höchst ungewiß. Stern gegen 1925 in Gräschen. Zieht man die Niederlage Sterns gegen WZL am 2. Feiertag in Betracht, dann hat 1925 noch einige Aussicht auf Sieg. Sturm — Hertha in Maria-Höfen. Der Form- und den gezeigten Leistungen nach sollte Sturm zum Siege kommen, wenn nicht Hertha endlich die Krise überwunden hat. Wader gegen 1921 auf der Brüdenäue. Zwei gleichstarke Mannschaften, bei welchen nur die besseren Stürmerleistungen den Ausschlag geben sollten. Bernstadt — Juliusburg in Bernstadt. Hier dürfte der Sieger in Bernstadt zu suchen sein. Adler — Herold in Schweiditz. Rivalen treffen hier aufeinander, bei denen nach hartem Kampf ein Unentschieden möglich ist. Handseid gegen Camellen in Handseid. Beide Mannschaften brauchen die Punkte, um den Anschluß zu halten, so daß ein spannender Kampf zu erwarten ist. Der Ausgang erscheint ungewiß. Lanisch gegen Herberich in Lanisch. Hier erwartet man Herberich als Sieger. Alt-Bergel — St. Nädlig in Alt-Bergel. Da das Spiel in Alt-Bergel stattfindet, dürfte Nädlig um eine Niederlage nicht herumkommen. Kobermwiz — Jordanszahl in Kobermwiz. Für die kampfscheitenden Kobermwizer erscheint der Sieg möglich, wenn sie das Tempo durchhalten können. Rothbärden — Fortuna in Rothbärden. Mit einem knappen Siege Rothbärden wird gerechnet. Freiheit — Herrmannsdorf in Schwab. Hier heißt der Sieger Herrmannsdorf. WZL — Karth in Herrmannsdorf. Karth wird kaum zu einem Siege kommen. Diana — Obernigt in Steine. Diana liebt Ueberstößen. Ob Obernigt die Mannschaft sein wird, die sich Ueberstößen läßt, ist eine andere Frage. Bernstadt — Trebnitz im Stadion. Der Form nach wird Trebnitz als Sieger erwartet. Rejathel — Niemannshöhe auf der Brüdenäue. An einem Siege Rejathels besteht kein Zweifel. Rotweil gegen Kozania im Westpark. Astania wird den Siegeslauf der Rotweil nicht aufhalten können. 1924 — Schlieffen um 10 Uhr auf dem Sternplatz in Gräschen. Da es um die Spitze der Jugend der zweiten Klasse geht, ist ein großer Kampf zu erwarten, dessen Ausgang aber völlig offen ist. Dswik — Dsherrnürth auf der Brüdenäue. Dswik hat zwei Punkte über. Einzig — Bohlan auf der Brüdenäue. Ein weiteres Vorentscheidungs-spiel um die Spitze der zweiten Klasse. Ein nach Kampf sollte Einheit gewinnen. Blaugelb — Wader um 17 Uhr auf dem Sternplatz in Gräschen. Blaugelb wird vermutlich in Form sein. Rejathel gegen Herberich ist ein interessantes Spiel zu erwarten. Wader sollte über Herberich auf Sternplatz ein Spiel führen zum Siege kommen.

Gesellschaftsspiele am 21. Mai

17,30 Uhr: JSB IV — Sturm I, Reiskerwitz, 129.

Gesellschaftsspiele am 22. Mai

17,30 Uhr: Blaugelb I — Wader I, Reiskerwitz, 129.

15,00 Uhr: Blaugelb II — Camellen III, Germania-Platz, Grünheide, Jr. Sportfreunde.

9,00 Uhr: West III — Südost III, Eichenpark, Stern.

10,00 Uhr: Hertha I. Jgd. — Sturm I. Jgd., Gräschen, 141.

10,00 Uhr: Rejathel I. Jgd. — Herrmannsdorf, Brüdenäue, Stern.

Handballvorschau für den 22. Mai

Nur wenige Vereine tragen am kommenden Sonntag Gesellschaftsspiele aus. 9. Abt. — Sil.-Kld. in Gombau. Gegen 9. Abt. werden die Vereinten sehr auf der Hut sein müssen, um nicht wieder eine Niederlage einzustechen. — 1897 — Südost, Lohewiese. In diesem noch ausstehenden Serienpiel erwartet man Südost als sicheren Sieger. — 4. Abt. — Bratislawia, Lohewiese. Zwei durchaus gleichwertige Mannschaften, wo eine Voraussetzungen schwer zu treffen ist. — Stabelwig — 1925 in Stabelwig. 1925 ist eine Mannschaft, die sich erst nach Kampf schlagen läßt. — Deutsch-Vilja I — 1925 II in Deutsch-Vilja. Hier erwartet man den Gruppenmeister 1925 als sicheren Sieger. Außer diesen Hauptspielen steigen noch die Serienspiele der Jugend- sowie Schülermannschaften, welche ebenfalls guten Sport zeigen.

Handballerenspiele für den 22. Mai

- Männer-A-Klasse, Gruppe West
- 16,10: 1897 — Südost, Lohewiese; Schmalisch.
- Jugendklasse
- 9,30: 1925 — 6. Abt.; Brüdenäue; Koch.
- 10,00: Jr. Schwimmer — 7. Abt.; Stadion; Bath.
- 10,00: Stabelwig — 1. Abt.; Stabelwig; Deutsch-Vilja.

Sportlerinnen

- 15,30: Sil.-Kld. — 4. Abt.; Stadion; Striegel.
- 15,20: 2. Abt. — 9. Abt.; Lohewiese; Zapfe.

Schüler-Beckklasse

- 10,00: Nachbarn — 1925; WZL-Platz; Verein.
- 10,00: 1. Abt. — 5. Abt.; Eichenpark; Verein.

Schüler-Ottklasse

- 9,30: 6. Abt. — 8. Abt. I; Östpark; Verein.
- 10,20: 2. Abt. — Deutsch-Vilja; Östpark; Verein.
- 14,30: 4. Abt. — 12. Abt.; Lohewiese; Verein.

Gesellschaftsspiele für den 22. Mai

16,00: 1. Abt. I — 1. Abt. II; Eichenpark; Scholz.

18,00: 9. Abt. I — Sil.-Kld. I; Gombau; Gnieler, E.

Fußballvorschau für Sonntag, den 22. Mai

Die Spiele steigen im Eichenpark. Um 8,30 Uhr treten an: 1. Abt. I — 5. Abt. II. Ein sicherer Sieg der 1. Abt. ist hier gewiß. — 5. Abt. I — 1. Abt. II. Hier wird 5. Abt. als Sieger hervorgehen. — 7. Abt. I — 7. Abt. Jgd. In diesem Spiel wird der Bezirksmeister zu einem klaren Siege kommen.

Spiele um 9,20 Uhr: 9. Abt. II — 9. Abt. I. Ein Sieg der ersten Mannschaft ist zu erwarten. — 7. Abt. I — 1925. Wie die junge 1925er Mannschaft, welche sich erstmalig an den Faustballspielen beteiligt, gegen den Bezirksmeister abschneiden wird, ist sehr fraglich. — 5. Abt. II — 7. Abt. Jgd. Ein Spiel zweier gleichwertiger Mannschaften, wo eine Voraussetzungen schwer zu treffen ist.

Spiele am 10,10 Uhr: 5. Abt. I — 9. Abt. I. Die größere Routine der 5. Abt. sollte an einem Sieger ihrerseits ausschlaggebend sein. — 2. Abt. II — 1. Abt. II. Eine Punktegleichheit in diesem Spiele dürfte nicht übersehen werden. — 1. Abt. I — 7. Abt. Jgd. Eine sichere Wette für die 1. Abt.

Spiele am 11 Uhr: 1925 — 2. Abt. II. Man geht nicht fehl, wenn man den 1925ern die meisten Ansichten auf Sieg einräumt. — 5. Abt. I — 2. Abt. II. Hier erwartet man 5. Abt. als sicheren Sieger. — 1. Abt. II — 8. Abt. I. In diesem Spiel wird der Sieger 8. Abt. sein.

Den Wadern zu den Faustballspielen hat 7. Abt. I. Abt. und 9. Abt. I. ein Spiel. Die Wader und Verein haben dieses Spiel am Sonntag, den 22. Mai, im Stadion, Gräschen, zur Stelle nach.

Tragödie der Sehnsucht

Der Irrtum des Schneidermeisters Jean Baptiste Brabant

Vor dreißig Jahren war der Schneider Jean Baptiste Brabant aus Lille nach der französischen Straflingskolonie Cayenne deportiert worden. Nach kurzer Zeit war es ihm gelungen zu entfliehen. Jetzt erst konnte er in die Heimat zurückkehren. Zu seinem Unglück wurde Brabant an der Grenze erkannt. Der Verhaftung vor einigen Monaten folgte in diesen Tagen der harte Spruch eines Pariser Gerichts: der 52 Jahre alte Schneider Jean Baptiste Brabant muß nach Cayenne zurück; in die Hölle jenes Straflingslebens, das erst vor wenigen Jahren der französische Reporter Albert Londres, der möglicherweise zu den Todesopfern der „Georges Philippard“ gehört, in so grausigen, aber wahrheitsgetreuen Farben gemalt hat. Die Pariser Blätter erzählen das Leben Brabants.

Vor dem Kriege betrieb Jean Baptiste Brabant in der französischen Provinzstadt Lille das ehrbare Schneiderhandwerk. Wirin und Faden ernährten ihn mehr schlecht als recht; Jean Baptiste hungerte, er überlegte sich einen Ausweg aus seiner Misere. Dabei kam er auf die Kuriose, aber in solchen Lagen durchaus nicht seltene Idee, auf andere und leichtere Art sich zu bereichern; er überfiel einen Fabrikanten, von dem er annahm, daß er eine gepickte Geldtase mit sich führte. Die Sache ging schief, Baptiste Brabant wurde erwischt. Sein Verstoß, die Tasche eines anderen zu leeren wurde gebührend „geahndet“. Der fadenbünne Schneidergeselle wanderte in den Kerker und von da, als „lebenslänglicher“ Deportierter nach dem heißen Guyana, in die Straflingshölle von Cayenne.

Fünf Jahre blieb Brabant in Cayenne. Er war inzwischen ein Muffergesangener geworden. Eines Tages wurde vom Gouverneur das ominöse Gnadengesuch, die letzte Hoffnung aller Straflinge vor ihrem Tode, in Erwägung gezogen und abgelehnt. Jean Baptiste glaubte aber nicht an Gnade. Er wollte sein Schicksal selbst lenken. Deshalb floh er in einem alten Boot magernützig aus der Hölle von Cayenne. Verzweifelt ruderte er in der Nacht aufs Meer hinaus, während die Aufseher sein Boot andauernd beschossen, bis es led war, und sank. Die Aufseher glaubten an den sofortigen Tod des Flüchtlings; es fehlte nicht an Rülfe. Und nach endlosen Nachtmärschen erreichte er das Land seiner Sehnsucht, Venezuela.

Venezuela ist ein etwas merkwürdiges Land. Die Nankes reißen sich um die Bodenschätze des Landes und wenn die sich daraus ergebenden Konflikte gar nicht anders gelöst werden

können, dann gibt es Palastrevolutionen. Die zahlreicheren „Revolutionen“ haben bisher weder das Leid der Armen beseitigt, noch die Aufteilung des Grund und Bodens gebracht, aber einige von ihnen retteten — Jean Baptiste Brabant. Denn nach jeder dieser „Präsidentenrevolution“ brauchten die neuen Präsidenten, Generale und Diplomaten, neue Uniformen und entsprechende Fracks für ihre „Missionen“, Konjunktur für Schneider. Der kleine, müde Franzose betrieb in der Hauptstadt des Landes bald ein flottendes Geschäft; zuletzt wurde er sogar in den hohen Rang eines Regimentschneiders versetzt.

So kam es, daß der ehemalige Schneider von Lille, der „Deportierte G. B. 1764“ der französischen Republik, in Venezuela ein nettes Sümmchen Geld verdiente, ein kleines Vermögen, mit dem er später in seiner alten Heimat zu leben gedachte. Denn inzwischen war der große Krieg gewesen, an dem zwar Monsieur Brabant nicht direkt beteiligt gewesen war, der ihm aber Vorwand für seinen großen Glauben wurde, daß man nach solch einem Aderlaß in Frankreich alles vergessen und verzeihen würde, was einstens war. Eines Tages also schiffte sich Jean Brabant nach Barcelona ein, genau dreißig Jahre nach seiner Deportation nach Cayenne. Er hatte Heimweh.

Kaum in Spanien angekommen, setzte er sich in einen Zug und fuhr nordwärts davon. In Ceret, der ersten französischen Station in den Pyrenäen, hieß man alle Passagiere aussteigen und unterzog sie einer eingehenden Paßkontrolle. Der Offizier der Douane durchblätterte auch ausmerksam die Papierflut des erotischen Regimentschneiders, las die Empfehlungen des Chefs der venezuelischen Armee an irgendeinen Bekannten in Paris, ließ aber beim Studium der Dokumente sofort Zeit verstreichen, daß trotz der aufgeregten Proteste des kleinen Schneiders der Zug abfuhr und ihn und sein Gepäck in dem verlassenen Kette allein zurückließ. Und dann geschah — was leider in diesen Fällen recht oft geschieht. Der Schneidergeselle aus Lille wurde erkannt, verhaftet und nach Paris transportiert. Dort mußte er lange im Sankt-Gesängnis auf weiteren Bescheid warten. Endlich wurde ihm verkündet, daß er zur Verbüßung der „rechtlichen“ Strafe, die er vor fünfundsiebzig Jahren „unterbrochen“ hatte, wieder nach Cayenne zurücktransportiert werden müßte. Und der Rest ist das Leben.

Bei dieser Nachricht gab Jean Brabant alle Hoffnungen auf, jemals als kleiner Kapitalrentner der großen französischen Republik sein Leben zu beschließen. Er fügte sich seinem Schicksal. An eine Heimkehr glaubt er nicht mehr.

englischer Dampfer, der das Brand zu retten versuchen soll, kreuzt um den brennenden Dampfer, kann sich aber infolge der durch die glühenden Eisenteile hervorgerufenen Hitze nicht nähern.

Die „Georges Philippard“ für 1250 000 Pfund Sterling versichert

„Petit Parisien“ berichtet daß der in Brand geratene Passagierdampfer „Georges Philippard“ in der Hauptfrage bei englischen Versicherungsgesellschaften und nur zu einem geringen Teil bei französischen versichert gewesen sei. Die Gesamtversicherungssumme betrage 1250 000 Pfund Sterling.

Wag von Boehn

Der 72 Jahre alte Kulturhistoriker Max von Boehn ist in Berlin gestorben. Boehns in vielen Aufsätzen und Büchern belegte Spezialität war die Betrachtung der Mode im Wandel der Zeit.

Das Leid der Mutter

In Neu Dobra bei Halle hat eine Tischlereifrau ihren an Knochenubertulose erkrankten, zehnjährigen Sohn durch Schnitt am Kehlkopf tödlich verletzt. Die unglückliche Mutter, die nicht mehr an die Möglichkeit einer Heilung ihres Sohnes geglaubt hatte und dadurch zu ihrer Verzweiflung getrieben worden war, veruchte auf die gleiche Weise auch sich selbst das Leben zu nehmen, konnte jedoch, allerdings schwer verletzt, lebend in die Universitätsklinik Halle überführt werden.

Kohl außer Lebensgefahr

Der Berliner Sklarefangeklagte frühere Bürgermeister Kohl-Kopend, der durch Einnehmen einer großen Dosis Veronal aus dem Leben scheiden wollte, befindet sich jetzt außer Lebensgefahr. Obwohl das Verfahren gegen Kohl vorerst abgetrennt worden ist, besteht prozessual die Möglichkeit, daß das abgetrennte Verfahren wiederum mit dem Sklare-Prozess verbunden wird.

Blünderungen

In Leipzig drangen an verschiedenen Stellen der Stadt Trupps junger Leute in Lebensmittelgeschäfte ein und entwendeten Waren. Die Täter entkamen. Sie haben ihre Überfälle gleichzeitig, also anscheinend nach einem vorgefaßten Plan, ausgeführt.

Noch ohne Führerschein

Vom Gericht in München wurde ein Koch wegen zehnfachen Autodiebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die gestohlenen Wagen hatte der Verurteilte nicht etwa zu Geld gemacht, sondern jeweils irgendwo stehen gelassen. Er gab an, die Diebstähle nur deshalb ausgeführt zu haben, weil er seiner Cousine zeigen wollte, wie gut er ohne Führerschein fahren könne.

Selbstmord auf Zibetraf

Die Städtische Polizei hat jetzt über die mit dem Freitag vor Kreuzers zusammenhängenden Vorgänge einen neuen Bericht veröffentlicht. Nach dieser Darstellung hat Kreuzer bereits vor einigen Monaten in Amerika die Absicht geäußert, sich das Leben zu nehmen. Kreuzer soll damals bereits Abschiedsgeschenke verteilt haben, später aber die Ausführung seines Freitodes zurückgenommen haben. Als er sich später, bedrängt von den Forderungen der schwedischen Reichsbank, die von Kreuzer direkte Erklärungen und vor allem die Mobilisierung der angeblichen italienischen Guthaben verlangt hatte, in Paris erschöpf, traf er besondere Vorkehrungsmaßnahmen technischer Art, um einer sofortigen Wirkung des Todesurteils sicher zu sein.

Die Verschütteten von Las Matias noch am Leben

Nach den letzten offiziellen Nachrichten sollen die bei dem Tunnelsturz von Las Matias verschütteten 42 Arbeiter noch am Leben sein.

Die Hoffnung, die eingeschlossenen Bergleute aus dem eingestürzten Teil des neuen Anden-Tunnels doch noch bergen zu können, scheint sich zu verstärken. Die Hilfsmannschaften gehen mit fieberhafter Eile vor, um schon innerhalb der nächsten 24 Stunden die Rettung zu vollenden.

Transatlantikflug einer amerikanischen Fliegerin

Vom Teterboro-Flugfeld in New-Jersey ist heute nachmittags die bekannte Fliegerin Amelia Earhart-Putnam nach Harbour-Grace abgeflogen, von wo sie zu einem Transatlantikflug nach Europa starten will. Sie will, wie seinerzeit Lindbergh, dieses kühne Wagnis allein durchführen.

Der Kapitän über das Unglück des Dampfers Philippard

Der erste Bericht des Kapitäns des Dampfers „Georges Philippard“ ist am Donnerstag-Nachmittag in Paris eingetroffen und am Abend von dem Minister für öffentliche Arbeiten bekanntgegeben worden.

Der Kapitän teilt mit: Am 16. Mai, um zwei Uhr morgens, habe ihm ein Passagier mitgeteilt, daß ein Brand in einer Kabine auf dem D-Deck ausgebrochen sei. Trotz Inbetriebnahme aller Feuerlöschvorrichtungen habe sich der Brand ungeheuer schnell ausgedehnt. Er habe darauf stoppen und Befehl um Räumen des Schiffes geben lassen in der Befürchtung, daß die Rettungsboote unzugänglich würden. Ferner sei drahtlos ein Notsignal gegeben worden; dann sei aber die Funkstation, obgleich weit vom Entstehungsort des Feuers entfernt, in Flammen aufgegangen. Zahlreiche Passagiere des D-Decks hätten infolge der schnellen Ausdehnung des Feuers nicht mehr die Kabinen verlassen können und seien darin umgekommen. Einige seien durch die Bullaugen ins Meer gesprungen und gerettet worden. Dann sei es gelungen, sechs Rettungsboote zu Wasser zu bringen. Die Räumung habe sich in voller Ruhe und in der Reihenfolge Frauen und Kinder, Männer, Besatzung und Schiffsjab vollzogen. Wenn die ungeheure Schnelligkeit der Ausdehnung des Feuers nicht gleich zu Beginn Opfer gefordert hätte, wären alle Passagiere gerettet worden. Er, der Kapitän, habe um acht Uhr morgens das Schiff verlassen, das nur noch ein ungeheurer Brandherd gewesen sei. Etwa 689 Personen seien gerettet worden.

Die Zahl der Vermissten, die zuletzt auf 91 beziffert wurde, hat sich inzwischen um etwa 16 Passagiere verringert, da verschiedene Familien, die sich in Saigon eingeschifft haben sollten,

der Schiffsfahrts-gesellschaft mitteilten, daß sie Indochina nicht verlassen haben.

Einige Pariser Zeitungen veröffentlichten am Freitag aus Dschibuti datierte eigene Berichte über den Hergang des Brandes auf dem „Georges Philippard“, die wahrscheinlich von geretteten Passagieren stammen.

Nach dem Bericht des „Petit Parisien“ ist das Feuer in der Kabine der Frau eines belgischen Ingenieurs ausgebrochen. Die Frau sah aus dem Sichtschalter Rauch aufsteigen und benachrichtigte sofort den wachhabenden Offizier sowie den zuständigen Ingenieur, der sofort die Lichtleitung durchschneiden ließ. Zu gleicher Zeit bildeten sich aber längs der Sichtleitung auf dem D-Deck an zahlreichen Stellen neue Brandherde. Das Feuer, das an der Holzverkleidung und den Lackarbeiten rasche Nahrung fand, dehnte sich mit so großer Geschwindigkeit aus, daß alle Bemühungen, es zu ersticken, vergeblich waren. Bald stürzten die die Decken des Speiserales und der Gesellschaftsräume ein. Die meisten Passagiere wurden durch den Rauch über den durch den Rauch der einströmenden Decken aufgebläht, da die Alarmlöcher, die zudem etwas spät in Tätigkeit gesetzt wurden, es zu ersticken, vergeblich waren. Bald stürzten sich aus ihren Kabinen, wußten aber teilweise vor den Flammen umkehren, teilweise fanden sie keinen Ausweg, da die Türen des gedachten Promenadendecks geschlossen worden waren, um das Feuer zu ersticken. Viele Passagiere der ersten Klasse sind auf diese Weise umgekommen. Es ist möglich, daß auch der bekannte französische Reiseberichterstatter Albert Londres, dessen Name auf der veröffentlichten Liste der Geretteten nicht verzeichnet ist, den Tod gefunden hat. Eine Schriftstellerin ist mit brennenden Kleidern eine in Flammen aufgegangene Treppe hinuntergestürzt. Trotz einiger Panikgehen hat die Besatzung nicht die Ruhe verloren und sich mit großer Hingabe an der Rettung der Passagiere beteiligt. Die Besatzung des Schiffes hat heute früh eine Mitteilung ausgegeben, nach der sich die Zahl der fehlenden noch auf 49 beläuft. Von 767 an Bord befindlichen Personen seien 718 gerettet worden.

Der „Georges Philippard“ brennt, sich selbst überlassen, weiter und versinkt langsam in den Fluten. Ein

Proleton

Tonfilmbühne

Gabitzstr. 20-22; Hüfchenstr. 49 Anfangszeiten 5.30, 7.00, 8.30

Wir eröffnen unsere Sommer-Saison!
Ein Dreistunden-Programm

Der Zinker

Ein Kriminalfilm nach Edgar Wallace. — In den Hauptrollen: Lisa Bruns, Karl L. Diehl, Fritz Rasp, Paul Hörniger, Sieke Szankall (Teater-Bildschirm)

Auf der Proletobühne: Die Elitobühnenzucht

Der Streif um die Million

Ein Sketch voll Lustigkeit und Humor

Er und sein Diener

Ein urkomischer Tonfilm mit Oskar Labe, Paul Henckels, Anni Marzani, Paul Moldaschl, Robert Theodor, Ernst Kersch, Tobi-Blaugha — Neue Tonwunderwerke — Jugend verboten! Keine erhöhten Preise. Ab 60 P. Erwerbst. wochentags bis 50%, ermäßigt

Samstag, den 27. Mai, 3 Uhr nachmittags
Große Kinder-Vorstellung!
Er und sein Diener
Tonfilm, 2 Stunden und 20 Minuten
Eintrittspreise: 10, 15, 20 und 30 P.

ARBEITER-SPORT-KARTELL

Kapitän Kladebusch auf der Löwenjagd

Von G. Th. Rotman. (Nachdruck verboten.)



117

„Ach, welcher Unfug! Da lag das schöne Klavier, eine unerkennliche Masse Bretter, Latzen und Säiten! Aber die Polizisten sprangen von ihrem Notos, warfen schnell die Türen des Kinos zu und schoben die eiserne Stange davor. Dann machten sie zusammen einen Rundgang, als ob es kein gerichtetes Klavier in der ganzen Welt gäbe!“



118

Unter der Aufsicht der Polizisten, die nebenher lüfteten, spürte sich das Möbelstück nun in unangenehmen Gassen, es fast zugleich mit Kapitän Kladebusch umkam. Dort war der Auto auf die Jagd gezogen und hatte mit Hilfe von Hilfe und die Glanz-Aktion wieder aufgenommen. Wie ein überzogenes Feld kam er herangeführt, während die beiden Tiere die die Junge aus dem Hause hatten, machten, um mit dem Klavier das gleiche Schicksal zu teilen.

Verbandstag der freien Lehrer

Front gegen den Faschismus

Im Berliner Gewerkschaftshaus findet zurzeit der Verbandstag der allgemeinen freien Lehrergewerkschaft statt. In den Begrüßungsansprachen wurde besonders die Kampfstellung der Gewerkschaften gegenüber dem Faschismus beleuchtet. So betonte Kunze vom ADGB mit starkem Nachdruck die Notwendigkeit einer freigewerkschaftlichen Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus. Krügerer aus dem preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilte mit, daß der Minister die Anstellungssperre aufgehoben habe, wodurch mindestens 4000 Schulamtsbewerber in ein Anstellungsverhältnis überführt werden können.

Im Mittelpunkt des Hauptvortrages, den der Verbandsvorsitzende Schallack erstattete, stand die Abbauforderung. Schallack verglich den preußischen Abbau mit den Abbaumaßnahmen faschistischer Minister in Thüringen und Braunschweig. Bei den faschistischen Abbauvorschlägen, die von einem ausgeprochen reaktionären Willen gegen die kulturellen Positionen der Arbeiterschaft geführt werden, in Preußen dagegen Maßnahmen, die die Arbeiterschaft schont und nur soweit zur Durchführung kamen, als der unausweichbare Zwang der Finanzkrise das erforderte. Schallack zeigte an Hand verschiedener, der Öffentlichkeit unbekannt gebliebener Abbauentwürfe, daß doch allerhand unter dem Einfluß der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie verhindert oder gemildert wurde.

Lohnabbau im Mecklenburger Baugewerbe

Im Baugewerbe ist für das Lohngebiet Mecklenburg der Lohnabbau durch Schiedspruch perfekt geworden. Facharbeiter erhalten statt 96 Pfennig 82 Pfennig in der Lohnklasse IA, und in der ersten Klasse jetzt 70 Pfennig, in der zweiten 60 gezahlt werden. Der Lohnabbau geht bis zu 21,1 Prozent. Auch für den Freistaat Sachsen liegt ein Schiedspruch vor. Er baut die Facharbeiterlöhne um 18,7 bis 18,9 Prozent ab. In der ersten Lohnklasse sollen statt 108 Pf. 90 Pf. gezahlt werden, in der zweiten 85, in der dritten 78 und in der vierten 73 Pfennige. In Leipzig und Dresden wurde die Verkehrsulage um einen Pfennig gekürzt; sie beträgt jetzt für Leipzig 7 und für Dresden 5 Pfennig. Hinzu kommt eine Wertzugulage von einem Pfennig.

Die christlichen Gewerkschaftsorgane richten einen Appell an das Reichsarbeitsministerium, nach Kräften die Schiedsprüche für das Baugewerbe wesentlich abzumildern, und auch hinsichtlich der Eingriffe in die Ortsklasseneinteilung und die Abbauforderungen die geltenden tariflichen Vereinbarungen zu beachten. Sonst sei zu befürchten, daß die seit zwei Jahrzehnten bestehende Tarifgemeinschaft in der deutschen Bauwirtschaft zerstört wird, und daß Arbeitskämpfe entstehen, die unabsehbare Schäden für die Gesamtwirtschaft und eine tiefergehende Zuspaltung der sozialen Gegensätze nach sich ziehen.

Die Belegschaft der Blei-Scharley-Grube im Streik

Aus Kattowitz wird gemeldet: Wie berichtet, hatte der Demobilisierungskommissar keine Zustimmung zur turnusmäßigen Beurlaubung von 750 Arbeitern der Blei-Scharley-Grube für weitere fünf Monate erteilt. Die Belegschaft ist darauf spontan in den Streik getreten. Die Streikenden haben eine Abordnung zum Demobilisierungskommissar geschickt und von ihm gefordert, seine Entscheidung zu ändern. Der Demobilisierungskommissar erklärte, dieser Forderung nicht nachgeben zu können. Im Laufe des heutigen Tages sei die Angelegenheit eine endgültige Regelung erfahren.

Das Mädchen für alles

Sanierung auf Kosten der Gemeinden

Mit Gewalt verfuhr man zur Zeit durch Notverordnungen, Krisenverordnung und Judikatur des Spruchsenats für Arbeitslosenversicherung die Lasten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu senken und diese Lasten den Gemeinden aufzubürden. Was aus den Gemeinden wird, ist anscheinend dem Gelehrer und auch der höchstgerichtlichen Instanz in der Arbeitslosenversicherung

Unternehmerfabotage im Schlichtungswesen

Man möchte tariflos leben
In der Württembergischen Textilindustrie sind vom Schlichter neue Verhandlungen anderaumt worden. Sie sollen in Kürze in Karlsruhe stattfinden. Die Parteien wurden vom Schlichter unter Androhung von 500 Mark Geldstrafe für den Fall des Nichterscheins geladen. Die Unternehmer hatten die letzte Verhandlung gesprengt.
Wehlich liegen die Dinge in der Textilindustrie des Mittellandes. Auch dort sind die Unternehmer in dem Augenblick aus der Schlichterkammer davongelaufen als die Fällung eines Schiedspruches, der ihnen nicht pakte, bevorstand.
Der Lohnabbauschiedspruch für die badische Textilindustrie, der den Normalstundenlohn für Männer über 25 Jahre von 54 auf 52 Pfennig herabsetzt und die übrigen Lohnpositionen im gleichen Verhältnis kürzen will, ist von den Unternehmern angenommen worden. Sie haben Verbindlichkeitserklärung dieser von uns bereits eingehend besprochenen Ungehörlichkeit beantragt.
Die Sabotage der Schlichtungsverhandlungen durch die Unternehmer, die zu einem großen Aufzug auszurufen droht, beleuchtet grell die tarifpolitische Situation. Die Unternehmer kommen, wie die Dinge heute liegen, natürlich sehr schön und ohne Tarif aus. Heute ist für sie die tariflose, die schöne Zeit. Aber auch schöne Zeiten ändern sich, und der Tag kommt, wo die Unternehmer sich nur sehr ungern von den Arbeitern an die schöne tariflose Zeit erinnern lassen werden.

In Dresden hat der Deutsche Bauergewerksbund den Schiedspruch, der den Maurerlohn für die Stadt um rund 10 Pfennig, für die Orte der Umgebung um 24 Pfennig weiter abbaut, mit großer Empörung einstimmig abgelehnt.

Siedelungsprobleme!

Was hilft das Siedelungsprogramm der Reichsregierung?

Reich und Preußen haben in den letzten Jahren Hunderte von Millionen Mark für die Erhaltung der ostdeutschen Landwirtschaft ausgegeben. Die Verbraucherwirtschaft und die westdeutsche Landwirtschaft mühen in Form von Getreideböllen, die natürlich hohe Getreidepreise bedingen, ungeheure Opfer auf sich nehmen. Trotzdem ist es nicht möglich, große Teile der ostdeutschen Landwirtschaft am Leben zu erhalten. Dabei handelt es sich ausschließlich um Großbetriebe. Der Krankheitsprozess ist hier zu weit fortgeschritten. Eine Sanierung ist nicht mehr möglich.

Die Sozialdemokratie hat sich immer für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland eingesetzt und zwar unter Berufung auf die gesamte deutsche Wirtschaft. Die Sozialdemokratie hat aber auch erkannt, daß eine Belebung der deutschen Wirtschaft im Osten niemals durch die bisherige, in erster Linie auf Selbst-erhaltung abzielende Osthilfe erfolgen kann. Die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage wird durch wirtschaftliche Verhältnisse diktiert.

Die Sozialdemokratie sieht die Konsequenzen aus der tatsächlichen Situation:
Zunehmend scheint sich auch diese Erkenntnis in der Reichsregierung durchzusetzen. Die Regierung scheint einzusehen, daß tausende von ostdeutschen Großbetrieben nicht mehr zu retten sind. Für eine Bodenfläche von 2 Millionen Morgen — das sind 14 Prozent der Gesamtfläche aller ostdeutschen landwirtschaftlichen Betriebe — müssen neue Betriebsformen gefunden werden. Damit der Boden im Osten nicht zur Kiefernwüste wird, damit der Boden Ernten trägt und Menschen ernährt.

Das ist das Programm der Sozialdemokratie und es wäre nur zu wünschen, wenn die Regierung endlich einmal den Mut fände, sich vorbehaltlos auf dies Programm einzustellen.
In Anlehnung an die Pläne der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften will, soweit man bisher erfahren hat, die Reichsregierung eine Arbeitsbeschaffungsanstalt auflegen. Mit dem Ertrag dieser Anstalt soll ein großzügiges Siedelungsprogramm durchgeführt werden. Siedlung und Arbeitsbeschaffung werden also in den Plänen der Reichsregierung zusammengefaßt. Man kann darüber streiten, ob gerade die Siedlung das geeignetste Mittel ist, Arbeit zu beschaffen. Andere Projekte würden diesen Zweck besser erfüllen. Jammersohn soll man jede Möglichkeit ausnützen, um Menschen wieder in den Produktionsprozess einzuschalten. Das gilt für die Ostpolitik der Reichsregierung im besonderen.

Schwerwiegende Bedenken müßten aber gegen die Art, wie das Siedelungsprogramm durchgeführt werden soll, erhoben werden. Es scheint uns durchaus zweifelhaft, ob es wirtschaftlich richtig ist, die neue Siedlung nach den alten Methoden durchzuführen.

Dazu ist folgendes zu überlegen:
Die deutsche Landwirtschaft hat seit dem Krieg ihre Produktion um 50 Prozent erniedrigt. Mit Hilfe protektionistischer Zollmaßnahmen konnte der Viehbestand, die Erntebestandteile von Jahr zu Jahr vergrößert werden. Der Viehbestand bedarf jetzt die deutsche Landwirtschaft um 50 Prozent den Viehbestand vor dem Krieg. Werden die Viehe für Winter und Tiererhaltung konstant der Versorgung der industriellen Bevölkerung wieder anliegen, kann es auch hier zu einer ganz gewaltigen Steigerung der Erzeugung kommen.
Was ist die Produktion dieser Tiere, kann man aus Folgendem ersehen. In den letzten Jahren haben wir die Produktion von Milch um 50 Prozent, die Produktion von Fleisch um 50 Prozent, die Produktion von Eiern um 50 Prozent erniedrigt.

Bei diesen Erzeugnissen wird auch in Zukunft noch eine Steigerung der Produktion möglich sein. Aber schon eine weitere großzügige Ausdehnung der Freilandgemüseproduktion erscheint völlig überflüssig. Schon jetzt besteht an dieser Art von Gemüse ein Ueberschuß. Dagegen spricht nicht, daß Deutschland immer noch Gemüse vom Auslande einführt. Diese Einfuhren sind in der Hauptsache Frühgemüse. Es wird nach Deutschland zu einer Zeit gebracht, wo wir Mangel an dieser Ware haben. So wird es auch in Zukunft sein. Die Anlage von kostspieligen Glashäusern dürfte in größerem Umfang nicht in Frage kommen, weil das nötige Geld nicht verfügbar ist.

Man muß auch bedenken, daß der Bevölkerungszuwachs in Deutschland immer geringer wird. Der Zeitpunkt scheint gar nicht mehr fern zu sein, wo wir mit einem Rückgang der Bevölkerung zu rechnen haben. Das muß natürlich den Markt und die Produktion beeinflussen. Allerdings werden wir in Deutschland nicht ewig Krise haben. Die Industriearbeiterschaft wird sich mit dem Ansteigen der Konjunktur den alten Lebensstandard zurückerobern. Die Kaufkraft der Bevölkerung wird mit heftiger Konjunktur ansteigen. Das ist Möglichkeit für eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion.

Zu berücksichtigen ist jedoch, daß sich mit Hilfe der Technik und der Chemie die landwirtschaftliche Produktion weit schneller steigern läßt als die Kaufkraft. So ist vor allem die Möglichkeit einer Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion ohne Vermehrung des Viehbestandes noch längst nicht abgeschlossen.

Das dem Mißverhältnis zwischen der landwirtschaftlichen Produktionsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion und der weit weniger rasch steigenden Kaufkraft der Verbraucher ergibt sich die Tatsache, daß eine beträchtliche Vermehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung nur auf Kosten der Lebenshaltung des häuerlichen Lebensstandards möglich ist.

Es würden so schlecht bezahlte Bauern entstehen. In der Schaffung eines neuen landwirtschaftlichen Siedlerproletariats, das nicht genügende Kaufkraft besitzt, um Industrieprodukte anzunehmen, hat aber die Gesamt-wirtschaft nicht das geringste Interesse. In der bloßen Siedlung kann aber nur eine Zahl von Arbeitslosen unterkommen, die gemessen an der gesamten Arbeitslosigkeit, kaum ins Gewicht fällt.

Das Problem der Arbeitslosigkeit läßt sich durch Siedlung nicht lösen. Dazu bedarf es anderer Mittel. Mittel vernünftiger Wirtschaftspolitik und Mittel einer vernünftigen Außenpolitik, die auf der Linie des Programms der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften liegen.

Entweder man geht auf die Vorschläge der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ein oder man verzichtet auf eine Lösung dieser Frage.
So ist der Siedlungsplan der Reichsregierung sicherlich Experiment. Was ist an diesen Projekten, kann nur in Erfahrung treten, wenn man sich nicht allen großen Illusionen hingibt. Das Siedlungsproblem darf vor allem nicht unter dem Gesichtspunkt der Ansiedlung möglicher Menschen in Angriff genommen werden. Man muß Rücksicht auf die Produktionsverhältnisse und die Arbeitsbedingungen nehmen. Sonst wird sich herausstellen, daß die ganze Arbeit umsonst getan ist.
Will man den menschlichen Osten heilen, dann muß man den Siedlern auch die Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz geben.

völlig gleichgültig, die Hauptaufgabe ist Abbau. Zur Illustration drei Fälle aus der Praxis:

Ein junger Mensch arbeitete in Bayern zu einem Wochenverdienst von 29 Mark netto. Er muß davon dort seine Wohnung bei fremden Leuten, seine Kleidung, Essen und Trinken bezahlen. Dem alleinstehenden betagten Vater des Arbeiters wird hier in Berlin die Krisenunterstützung versagt, weil nach der Krisenfürsorgeverordnung der Sohn verpflichtet ist, für den Vater zu sorgen. Er hat für sich nur 20 Mark in der Woche anrechnungsfrei, 9 Mark seines Verdienstes werden auf die Unterstützung des Vaters gerechnet, der nun keinen Pfennig mehr bekommt. Nach der Fürsorgepflichtverordnung muß nun die Wohlfahrt eingreifen, das heißt die Gemeinde.

Ein Arbeitsloser, verheiratet, mit einem Kind, kann in Berlin keine Krisenunterstützung bekommen, weil seine Schwiegermutter in Schleswig-Holstein 192 Mark Pension bekommt und mithin — nach den Richtlinien der Krisenfürsorgeverordnung — Bedürftigkeit nicht mehr vorliegt. Wie das Arbeitsamt die Schwiegermutter zwingen will, Tochter, Schwiegerohn und Enkelkind zu unterstützen, dürfte ewiges Geheimnis bleiben, denn nicht einmal nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann sie zur Unterstützung herangezogen werden. Realisierbar ist dieser Anspruch nie, aber dafür muß die Wohlfahrt eingreifen, das heißt die Gemeinde.

Der Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung hat unlängst entschieden, daß bei verheirateten Frauen, die von ihrem Mann getrennt leben, auf jeden Fall die Bedürftigkeit geprüft werden müßte. Bei Anwendung der Krisenfürsorgebestimmungen wird also auch die getrennt lebende Ehefrau in Zukunft bei Verdienst ihres Mannes keine Unterstützung mehr bekommen können, auch wenn der Mann gar nicht daran denkt, ihr nur einen Pfennig abzugeben. Eingreifen muß dann in allen diesen Fällen wieder die Wohlfahrt, obwohl Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet wurden. Und vor allem: Wo bleiben die Gemeinden? Wo bleibt hier nach das Versicherungsprinzip?

Jetzt ist es Zeit!

die Hammerstreifen aufzufüllen
Gewerkschafter!
meldet euch sofort bei eurer Organisationsleitung als Mitglied der **Dammerchaft**

Beamtenverbände gegen neue Belastung

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat gegen eine neue Belastung der Beamten durch ihre Einbeziehung in die Krisensteuer Protest erhoben. Er betont in seinem Schreiben an den Reichstanzler, daß der geplante Umbau der Krisensteuer u. a. eine Ausdehnung des steuerpflichtigen Personenkreises enthalte, wobei auch davon die Rede sei, daß die Beamten in Zukunft von der Steuerpflicht in Bezug auf die Krisensteuer erfaßt werden sollen. Nach all den vorangegangenen Gehaltsfällungen sei jedoch eine weitere zusätzliche Belastung der Beamten Einkommen wirtschaftlich und sozial für die Beamtenchaft untragbar.

Auch der Deutsche Beamtenbund hat an den Reichstanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er gegen eine neue Belastung der Beamten durch die Krisensteuer protestiert.

Im Kölner Holzgewerbe kam es vor dem Schlichtungsausschuß zu einer Vereinbarung, nach der ab 18. Mai der Stundenlohn des Facharbeiters 1 Mark beträgt. Angelernte erhalten hiervon 92 Prozent, Hilfsarbeiter 85 Prozent, Hilfsarbeiterinnen 55 Prozent. Der Urlaub wird als Normabnahme für das Jahr 1932 mit drei Fünftel abgezogen. Das Lohnabkommen läuft bis 31. Dezember 1932.